

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzelle 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Bruderliebe und Mißgunst.

Das Unglück fordert Tag für Tag seine Einzelopfer, an denen wir gleichgültig und kalt vorübergehen. Wenn das Leid aber gebieterisch hineinschreit in die Menge und Laufende seine graufige Herrschaft fühlen läßt; wenn starke Männer und Jünglinge im Bergbau zu Hunderten ihr Leben dem schweren Berufsdienste opfern und trauernde Mütter, Witwen und zahlreiche Waisen zurücklassen; wenn das blindwühlende Element des Feuers arme Familien des schützenden Daches beraubt; wenn Parteilichkeit den Brudermenschen das tägliche Brot nimmt, dann weitet sich in vielen der Geist zur Erkenntnis: Es sind keine Mittelmenschen, keine Brüder, die so leben. Dann schlagen die Herzen in bisher ungelanter, warmer, umfassender Menschenliebe, dann schließen sich Freunde und Feinde zusammen zur großen Hilfe.

Doch wenn das Glück anklopft beim Nachbarn, beim Kollegen, wenn es ihm unvermutet die Geldbörse füllt, wenn es ihm zur Förderung im Arbeitsdienste verhilft, wenn das Glück eintritt in die Familie des Zwiwärters und dort die Werkzeuge zu Sonntagen macht, dann krampft sich das Herz der andern, an denen das Glück achtlos vorbeiging, zusammen in Neid und Mißgunst. Die Worte, die an den Begünstigten gerichtet werden, enthalten Pfeile, die sein Glück morben sollen. Die Gedanken stimmen auf Taten, wie die durch das Glück herbeigeführte Ungleichheit ausgleichlichen werden kann. Kollegialität und Bruderliebe werden erstikt unter dem Geißel der Mißgunst.

Die schönsten Rosen werden entstellt durch den nagenden Wurm. — Die besten Herzen werden verunstaltet durch die Mißgunst.

Zur Generalversammlung.

Ein Schlusswort und Rückblick auf die stattgefundenen Diskussion.

Der Termin der Generalversammlung steht vor der Tür und die öffentliche Diskussion im Verbandsorgan scheint erschöpft zu sein. Da ist ein Rückblick auf den stattgefundenen Meinungsaustausch notwendig, um das allgemeine Fazit aus der Debatte zu ziehen und den Mitgliedern in einigen kurzen Strichen vorzulegen.

Zunächst kann mit Genugtuung gesagt werden, daß die öffentliche Diskussion im Verbandsorgan sich im streng sachlichen Rahmen bewegt und von echt gewerkschaftlichem Geiste getragen war. Keine Uebervachung des Unterstufungswezens, sondern die gewerkschaftliche Hauptaufgabe: „Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ in den Vordergrund stellen, das war das Zielmotiv aller Einsendungen, die aus Kollegentreisen im Verbandsorgan zur Veröffentlichung kamen. Daraus kann nicht geschlossen werden und es soll damit auch nicht gesagt sein, daß in unserem Verbandsorgan nirgendwo Unterstufungssucht und übertriebener Egoismus vorhanden sei und sich bemerkbar mache. Weiber ist das auch hier und da bei uns der Fall, wie aus einzelnen der gestellten Anträge zur Generalversammlung hervorgeht. Aber diese — zweifellos durch Anstachelung von außen hervorgerufenen — Strömungen bilden in unserem Verbandsorgan einzelne Ausnahmen und können die innere Entwicklung des Verbandes nicht erheblich beeinflussen. Die weiterblickenden und führenden Kollegen stehen einmütig auf dem in der öffentlichen Diskussion zutage getretenen Standpunkt: Keine weitere Belastung der Verbandskasse durch Unterstufungszwecke, sondern Entlastung der Hauptkasse und Ansammlung eines starken Kriegsfonds. Das ist das wichtigste Fazit der geführten Debatte und dieser Stimmung werden auch die Delegierten auf dem Verbandstag bei ihren Beschlüssen Rechnung zu tragen haben.

In welcher Weise die fast von allen Einsendern als notwendig erkannte und bezeichnete Reform des Unterstufungswezens durchzuführen ist, das ist nun Sache der Generalversammlung. Nur

vereinzelt ist eine Erhöhung der Beiträge angeregt und befürwortet worden. Angesichts der allgemeinen Situation in unserer Metallarbeiterbewegung wird die Beitragsleistung wohl am besten in der bisherigen Weise belassen werden. Dabei muß der Verbandstag aber besonders darauf hinwirken, daß in allen Gruppen ein Votalsbeitrag eingeführt, die Delegiertensteuer auf der ganzen Linie besser und vollständiger entrichtet sowie die Durchschnittsbeitragsquote noch erheblich gesteigert wird. Gegenüber andern Organisationen stehen wir mit der Durchschnittsbeitragsleistung noch immer zu niedrig, wenn auch anerkannt werden soll, daß sich in manchen Bezirken die Sache schon wesentlich gebessert hat.

Eine ganze Reihe von Zuschriften und Anträgen verlangen eine ganz erhebliche Reduzierung der Erwerbslosenunterstützung; so u. a. Verminderung des Krankengeldes bis zur Hälfte der jetzigen Höhe, Herabsetzung der Bezugsdauer bis auf 10 Wochen und ähnliches. Aus taktischen Gründen wird diesen ja nicht gewiß berechtigten Anregungen nicht ohne weiteres entsprochen werden können. Zudem würden es auch viele Mitglieder als hart empfinden, in den bisherigen Rechten weitgehend geschnitten zu werden. Deshalb wird der Verbandstag diesen weitgehenden Anträgen wohl kaum zustimmen können, ohne uns die Agitation erheblich zu erschweren.

Wiel leichter aber, und ohne den treuzahlenden Mitgliedern eine fühlbare Verschlechterung zu bringen, sind die mehrfach gemachten Vorschläge und gestellten Anträge praktisch durchzuführen, die auf eine anderweitige Regulierung der Wartezeit und Steigerungsrisiken bei der Erwerbslosenunterstützung hinauslaufen. Eine Verlängerung der Wartezeit von 52 auf 78 Wochen und eine Steigerungsfrist von 2 Jahren zwischen den einzelnen Stufen der Erwerbslosenunterstützung ist das mindeste, was der Verbandstag in dieser Frage beschließen kann, um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben und die Garantie für eine leistungsfähige Kriegsloskasse zu schaffen.

Diese kleine Aenderung der Erwerbslosenunterstützung liegt im ureigensten Interesse der treuen stabilen Verbandsmitglieder, die dadurch ihr sauer verdientes und mühsam zusammen getragenes Geld wirksamer gegen unlautere Elemente (Rassenmarder) zu schützen vermögen. Die empfindende Tatsache, daß unser Verband in den letzten beiden Jahren über 150 000 Mark Unterstützung an solche Elemente ausgezahlt hat, die nachher dem Verbands treulos den Rücken kehrten, redet eine eindringliche Sprache und wird den Delegierten des Verbandstages den Weg zeigen, den sie zum Schutz gegen solche Ausbeutung der Organisation zu gehen haben. Ob andere Unterstützungsarten einer Neuerung oder Aenderung bedürfen, wie es von verschiedenen Seiten beantragt wird, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden und mag den Beratungen der Generalversammlung überlassen sein.

Eingehendes und erhellendes Interesse hat in der öffentlichen Diskussion das Kapitel Agitation gefunden. Im Vordergrund dieser Frage steht die Verbesserung unter den Jugendlichen. Die Bedeutung der Gewinnung des Nachwuchses für die Weiterentwicklung unseres Verbandes ist von allen Seiten anerkannt und diesbezügliche Vorschläge für die Agitationspraxis gemacht worden. Jugendabteilungen oder Komitees eigener Beamter, niedrige Beiträge, vor allem mehr agitatorische Kleinarbeit unter den Jugendlichen, das sind die Hauptmomente, die sich aus den vielen Äußerungen zu dieser Frage herausheben lassen. Da die Aenderung eines Hauptkomitees mit Unterabteilungen und die dazu gehörigen Vorschläge beim heutigen Stand unseres Verbandes schon spruchreif und praktisch durchführbar sind, das muß ausdrücklich bezweifelt werden. Die Delegierten werden das noch genau zu prüfen haben.

In den andern Fragen betr. Jugendfrage wird

sich aber leicht Uebereinstimmung erzielen und eine entsprechende Beschlußfassung ermöglichen lassen. Als Extrakt aus den vielen Anregungen und Anträgen möchten wir z. B. betr. der Jugendfrage für die Jugendlichen den Delegierten folgende Vorschläge zur Ermägung anheim geben:

Vom 14. bis zum 17. Lebensjahre resp. bis zur beendeten Lehrzeit zahlen die jugendlichen Mitglieder 5 Pfg. Wochenbeitrag. Vom 17. bis zum 19. Lebensjahre die Hälfte der statutarischen Beiträge (wie heute) und von da an die vollen Beiträge als Erwachsene. Die früheren Beiträge werden dann in Vollbeiträge um- und für die Unterstützungsberechtigung angerechnet.

Das sind nur unverbindliche Vorschläge, die aber bei der Mehrzahl unserer Kollegen jedenfalls Zustimmung finden dürften.

Grundsätzlich aber wäre der Gedanke, mit niedrigen Beiträgen würden wir jetzt Tausende von jugendlichen Mitgliedern gewinnen. Daran hat die Sache auch bisher nicht gehapert, sondern in erster Linie an der ungenügenden Werbearbeit und an den besonderen Hindernissen, die uns im christlichen Lager die gewerkschaftliche Agitation unter der Jugend so erschweren. Die Lösung der Jugendfrage hängt somit am wenigsten von den Beschlüssen der Generalversammlung als von dem regen Agitationseifer sämtlicher Verbandskollegen ab.

Die übrigen Anregungen betr. Agitation, Gewinnung der Arbeiterinnen, Branchenagitation etc. werden ebenfalls von der Generalversammlung beachtet werden und das nötige Echo im innern Verbandsleben finden.

Große innere Umwälzungen und weittragende öffentliche Beschlüsse stehen uns somit auf dem nächsten Verbandstag in Duisburg nicht bevor. Und dennoch ist die Tagung für unsere von allen Seiten angeordnete Organisation von der allergrößten Wichtigkeit. An einer ganzen Reihe von Orten stehen wir zur Zeit im heftigen Kampf für die Wahrung der Arbeiterinteressen. Gewisse Scharfmacher bezeichnen den christlichen Metallarbeiterverband öffentlich als die gefährlichste der bestehenden Metallarbeiterorganisationen. Die nächste Zukunft wird uns zweifellos gewaltige Kämpfe bringen, Kämpfe, die an Umfang und Heftigkeit vielleicht bisher noch nicht ihres gleichen gehabt haben. Dem müssen wir ins Auge sehen und unsere diesbezüglichen Vorkehrungen treffen. Die Delegierten unserer 6. Generalversammlung werden, das sagen wir mit berechtigter Gewißheit schon im voraus wissen; was sie dieser Situation gegenüber im Interesse der Metallarbeiter zu tun und zu lassen haben. Einigkeit, Strebamkeit, Opfermut und Weitblick, das sollen die vier Grundpfeiler sein, auf denen die Jubiläumsgeneralversammlung in Duisburg ihre Arbeit aufbauen wird.

Sozialreform und Volkskraft.

Das 20. der Statistik des Deutschen Reiches, das ein Berechnung neuer Sterbetafeln für Deutschland erhält, die an Stelle der für die Jahre 1871 bis 1880 geltenden treten und das Jahrzehnt 1891 bis 1900 zur Grundlage haben, ergibt eine beträchtliche Abnahme der Sterblichkeit in den letzten dreißig Jahren des vorigen Jahrhunderts, oder umgekehrt eine wesentliche Verlängerung der allgemeinen Lebensdauer. Während sich für die „mittlere“ Lebensdauer des männlichen Geschlechts aus den Sterblichkeitsverhältnissen der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Wert 35,58 ergab, liefern diejenigen der neunziger Jahre die Ziffer 40,56 Jahre. Für das weibliche Geschlecht ergaben die entsprechenden Tafeln die Zahlen 38,45 und 43,97. Die „wahrscheinliche Lebensdauer“ ist von den siebziger bis zu den neunziger Jahren bei dem männlichen Geschlecht von 33,1 bis 38,25, bei dem weiblichen von 42,5 auf 54,9 Jahre gestiegen. Es ist somit eine recht bedeutende Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse in der deutschen Bevölkerung nachgewiesen.

Diese Entwicklung, die eine Steigerung der Volksgesundheit und damit der Kraft und Leistungsfähigkeit der Nation darstellt, führt die „Soziale Praxis“ (Nr. 20) mit Recht auf die Sozialreform zurück — das Wort im weitesten Sinne genommen: die Hygiene der Arbeit, den Arbeiterschutz, die Sozialversicherung, die organisierte Selbsthilfe, die Einflüsse der Regierungen, Parlamente, Stadtverwaltungen, daß der Mensch der wertvollste Besitz für Reich, Staat und Gemeinde ist, und darum sein Leben und seine Gesundheit geschützt werden müssen. So ist es erreicht worden, daß die Sterblichkeit von 31 auf 1000 Erwachsene im Jahre 1871 auf 19 von 1000 im Jahre 1900 gesunken ist. Aber wieviel hier gleichwohl noch zu tun ist, dafür weist das obengenannte Zentralblatt für Sozialpolitik auf die immer noch erschreckend hohe Ziffer der Kindersterblichkeit in Deutschland hin. Im ersten Lebensjahr sterben nämlich in Deutschland von 10 000 Personen männlichen Geschlechts 520, weiblichen Geschlechts 499, im zweiten immer noch 211 bzw. 201. Diese Ziffern weisen mit aller Eindringlichkeit darauf hin, welche gewaltige Aufgaben für eine planmäßige, umfassende Arbeit sozialer Fürsorge noch zu lösen sind!

Ein weiteres schlagkräftiges Argument bringt nach dieser Richtung hin Prof. Dr. Stiering-Berlin in einer Rede, die er am 17. Februar im deutschen Landwirtschaftsrat gehalten hat. Er sprach über die Herkunft der Unteroffiziere und Soldaten des deutschen Heeres, und wies darauf hin, daß die Tauglichkeitsziffer der Landwirte unverändert geblieben ist, aber die Ziffer der in den Städten geborenen gewerblich Beschäftigten zurückgegangen ist. Am 1. Dezember 1906 dienten in Meer und Marine 62 861 Unteroffiziere und Mannschaften. Davon stammten 64,15 v. H. aus Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern; während nur 56,29 v. H. der Gesamtbevölkerung im Jahre 1885 in solchen Gemeinden lebten. Einschließlich der Landstädte von 2000 bis 5000 Einwohnern sind noch mehr als drei Viertel unseres Heeres auf dem Lande geboren, während im Jahre 1885 nur 68,7 v. H. in derartigen Ortschaften wohnten. Die aus den Orten unter 2000 Einwohnern stammenden Mannschaften verhielten sich zu dem auf sie nach der Gesamtbevölkerung entfallenden Kontingent wie 114:100. Diese Verhältnisziffer wurde mit der Größe der Orte immer unangünstiger, so daß die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern nur 65 v. H. ihres Kontingents stellen.

Wenn Prof. Stiering aus dieser Entwicklung den Schluß zieht: „Wer die Wehrkraft und darüber die Volkskraft überhaupt erhalten will, muß darauf Bedacht nehmen, nicht bloß durch Arbeiterschutz, städtische Wohnungsgesetzgebung usw. die Schädigungen abzuwehren, die aus den Zentralkonzentrationsenden der modernen Verkehrswirtschaft und Großindustrie erwachsen, sondern er muß vor allem darauf Bedacht nehmen, dem deutschen Boden eine so zahlreiche Bevölkerung wie irgend möglich zu verschaffen und zu erhalten.“ so wird man dieser Forderung Prof. Stiering im vollsten Umfange zustimmen müssen und allen Maßnahmen den reichlichsten Erfolg wünschen, die dahin streben, das lichte Land nach Kräften zu besiedeln. Auf der anderen Seite darf man sich aber nicht verhehlen, daß unter jährlich 900 000 Köpfe betragender Bevölkerungszunahme fast ausschließlich in Handel und Industrie Unterkunft findet. Deshalb hat ebenfalls die „Soziale Praxis“ (Nr. 21) recht, wenn sie betont, der Bevölkerungszunahme an Handel und Industrie bedingt im Interesse der Wehrfähigkeit unseres Volkes eine Fortführung der sozialen Reformen, vor allem in der Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse, der Beschaffung von Licht und Luft in den Großstädten, der Erhaltung der Wälder, im Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, dann aber wieder in der Fortführung des Arbeiterschutzes, namentlich in der tunlichsten Schaffung der Frauen und Jugendlichen, in der Bekämpfung der gewerblichen Gefahren und der Verkürzung der Arbeitszeit in allen anstrengenden und ungesunden Berufen, endlich in der Hebung des gesamten wirtschaftlichen und geistigen Niveaus der breiten Massen.

Darum muß es hinsichtlich der sozialen Fürsorge für Stadt und Land heißen: Das eine tun und das andere nicht lassen!

Sintergewinnung im fernen Osten.

In den amtlichen Nachrichten für Handel und Industrie, die im Reichsanzeiger des Innern herausgegeben werden, ist darüber folgendes zu lesen:

Die in Nr. 145 der „Nachrichten“ vom 29. Dezember v. Jrs. gebrachten, der russischen „Zorg. Prom. Gazeta“ entnommenen Angaben über die Sintergewinnung im Ussurigebiet (Sibirien) sind nach dem Berichte des Handelsfachverständigen beim Kaiserlichen Generalkonsulat in St. Petersburg, wie folgt, zu ergänzen bzw. zu berichtigen:

Im fernsten Osten, im Ussurigebiet, ist neuerdings eine Sintergrube in Betrieb genommen worden. Gewonnen wird ein besonders hochwertiges Erz (Magnetit), es liegt oben an, auf dem europäischen

Markt zu erscheinen. Die Ausbeute hat in kurzer Frist einen bedeutenden Umfang angenommen.

Im Oktober v. Jrs. erfolgte die Gründung der „Bergbau-Aktiengesellschaft Tschu-Tschee“ mit dem Sitz in St. Petersburg. Das Aktienkapital beläuft sich auf 1 Millionen Rubel.

Die Gesellschaft ist auch ermächtigt, 1/2 Mill. Rubl. Obligationen auszugeben; sie befindet sich ungefähr 430 Km. nordöstlich von Wladivostok, 45 Km. landeinwärts von der Einmündung des Tschu-Tschee-Flusses (Tuteho, Tjutu-tschee, Tjut-tschee). Die Dampferfahrt von Wladivostok bis zur Sintergrube nimmt ungefähr einen Tag in Anspruch.

Die Umgebung der Mine ist spärlich bevölkert. In der Nähe der Mine liegt das Dorf Tschu-Tschee, dessen ungefähr 300 bis 400 Einwohner — darunter ziemlich viele ehemalige Sachaliner Sträflinge — ebenso wie die Bewohner einiger Chinesengüter sich in dem fruchtbaren Tale mit Viehzucht und Ackerbau beschäftigen. Um der Mine des fischreichen Meeres wohnen einige Fischer.

Das Klima soll gesund sein. Die Nähe des Ozeans wirkt mildernd auf die Temperaturverhältnisse ein. Der Schneefall im Winter ist nicht erheblich. Während der Monate Januar bis März des vorigen Jahres erlitt allerdings infolge großer Schneefälle der damals vor sich gehende Bau der Bahn von der Grube zur Küste Störungen, wogegen der Erzabbau nicht unterbrochen wurde.

Bau- und Brennholz ist, wenn auch nicht in unmittelbarer Nähe, so doch, in nicht weiter Entfernung zu haben.

Der Grubenbesitz der Aktiengesellschaft umfaßt bei deren Begründung fünf zusammenhängende Bergwerksfelder von je einer Quadratwerst (je ca. 100 Dehsjätinen) Größe sowie Land- und Wasserrechte im Flußtale. Die fünf „Odwods“ tragen die Namen: Leonid, Margarete, Boris, Felix und Marie. In allerneuester Zeit sind noch drei Felder: Katalie, Daobzehe und Garilja hinzugekommen. Weitere werden wohl bald folgen.

Innenhalb dieses Gebietes sind zunächst an zwei Stellen durch Schürfschichte Erze erschlossen worden angrenzend an das ungefähr 3 Km. vom Fluß und zwar das „Siblaer“ in der „Marie“, dicht abgelegene „Nordlaer“ in der „Margarete“, östlich greifend auf „Leonid“ und „Boris“.

An beiden Stellen fanden sich in Kalkstein eingebettete Rester und Lager von engverwachsenem Bleiglanz mit Zinkblende.

Das Verhältnis des Bleiglazes zur Zinkblende wechselte stark. Letztere zeigte sich aber in weit größerer Menge, so daß mehr von Zink als von Bleierzen gesprochen werden mußte.

Es ergab sich, daß im Südlager zu engverwachsenes Erz war, als daß sich durch Handscheidung ein Fertigprodukt hätte herstellen lassen, und zu wenig aufgeschlossen, als daß es mit Gewinn hätte abgebaut und verarbeitet werden können.

Im Nordlager waren größere Erzmengen festgestellt. Die für die Bewertung der Zinkerze ausschlaggebende Frage der Möglichkeit einer rationellen Ergänzungsanreicherung fand aber eine ungünstige Antwort, sowohl bei Wäsche wie auch bei dem elektromagnetischen Verfahren. Das letzte Wort ist aber über diesen Teil des Vorkommens nicht gesprochen, weil in neuerer Zeit mehrere Verfahren zur Verarbeitung derartiger Erze gefunden worden sind.

Vornehmlich bleihaltige Erze waren zu wenig aufgeschlossen, als daß sich darauf ein Bergwerksbetrieb hätte begründen lassen.

Darauf, daß man sich späterhin doch zur Inangriffnahme weiterer Arbeiten entschlossen hat, war von entscheidender Bedeutung ein anderer Fund.

In unmittelbarer Verbindung mit dem Bleiglanz-Zinklager traten im Nordlager eine größere Anzahl Galmeiauslässe auf, die den Schluß zuließen, daß es sich um ein zusammenhängendes Lager handle (Galmei, genauer Zinkspat oder Smithsonit — eine kohlenfreie Verbindung im Gegensatz zur Schwefelverbindung, die die Zinkblende darstellt). Seine Ausdehnung schien zwar eine beschränkte zu sein. Das hochprozentige, hochwertige Erz ließ sich aber sehr leicht im Tagebau gewinnen und war ohne jedwede Verarbeitung exportfähig.

Diese weiteren Arbeiten haben das überraschende Ergebnis gehabt, daß ein ganz wesentlich größeres Galmeilager (metamorphischer Bildung) festgestellt wurde, als angenommen worden war. Es wurden immer größere Mengen aufgeschlossen, die sich jetzt auf ungefähr 200 000 Tonnen belaufen. Es wird gemutmaßt, daß das Lager den ganzen Berg durchzieht.

Bei dieser Sachlage konnten größere Mittel zwecks rationellerer Ausgestaltung der Erzgewinnung und Erzabfuhr aufgewendet werden. So ist denn eine umfangreiche, moderne Anlage geschaffen worden.

Die heutige Produktion der Grube beläuft sich auf wöchentlich 30 000 Pud oder 500 Tonnen Galmei von durchschnittlich 48 bis 53 % Zinkgehalt. Die Verteilung der „Zorg. Prom. Gazeta“ in Nr. 145 der „Nachrichten“ sei dahin ergänzt, daß die Produktion vom 1. Januar bis 30. November 1909:

22 700 Tonnen — 1 265 000 Pud betrug und für das ganze Jahr 1909 sich auf rund 25 000 Tonnen oder 1,5 Millionen Pud stellen wird.

Die Gewinnung erfolgt im wesentlichen im Tagebau. Es ist auch ein Abbaustollen getrieben worden; durch den jetzt gegen 30 000 Tonnen Erz für den Abbau vorbereitet sind.

In absehbarer Zeit soll auch der Abbau des Südlagers beginnen, in dem inzwischen ebenfalls erhebliche Galmeimengen festgestellt worden sind.

Im Oiwod „Felix“ sind 30 000 Tons sehr reicher Kupfererze abbaufähig gemacht.

In einiger Entfernung von der Grube soll die Gesellschaft ferner ein großes Lager sehr silberhaltiger Bleierze gefunden und sich gesichert haben.

Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Mannheim.

Am Sonntag den 5. Juni fand in Seibelsberg im Totale Stillehaus die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren sämtliche Ortsgruppen mit Ausnahme von Bruchsal und Bürsfeld. Letztere wurde nachträglich entschuldigt, da der zu sendende Delegierte plötzlich, ohne daß der Vorsitzende hätte fröhlich genug verständigt werden können, erkrankte. Bruchsal fehlte unentschuldig. Das ist zu bedauern, da die Bruchsaler Kollegen jedenfalls in erster Linie Anlaß hätten, sich bei solchen wichtigen Anlässen etwas mehr an das große Ganze zu halten. Ihre wirtschaftliche Lage ist wahrhaftig nicht darnach, daß sie sich könnten auf die Bärenhaut legen. — Vom Zentralvorstand war Kollege Wolff, der zweite Zentralvorsitzende erschienen.

Aus dem erstatteten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen: Die Hoffnungen, welche auf das Jahr 1909 zu Beginn desselben gestellt wurden, haben sich nicht erfüllt. Noch einmal mußten wir mit den Erwartungen der Krise rechnen. Für unsern Bezirk noch in verstärkterem Maße gegenüber dem Vorjahre. Das beweisen die Ausweise der Arbeitsmarktsituation. Zur Beurteilung des Arbeitsmarktes stehen uns wie im Vorjahr zunächst die Bestellungen des Verbandes Badischer Arbeitsnachweise zu Gebote, die 16 Arbeitsnachweisanstalten umfassen. Bei diesen wurden 1909: 302 848 (1908: 210 459) Arbeitsgelegenheiten gemeldet. Die im vorigen Jahre angeführte Zahl war bereits die seit 10 Jahren erreichte Höchstziffer. Die diesjährige übersteigt dieselbe aber noch um rund 92 000 mehr. Diese Ziffer steht im annähernd 140 000 Arbeitsuchende über dem Jahresdurchschnitt. Auf 100 offene Stellen kamen 212,8 Arbeitsuchende. Diese Zahl übersteigt die des Jahres 1908 noch um 23,7 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen.

Eine weitere und vielleicht noch zutreffendere Beurteilung des Arbeitsmarktes geben uns die Zahlen der Mannheim und Ludwigshafener Ortskrankenkassen. Zumal Mannheim mit Ludwigshafen der Ausgangs- und Konzentrationsspunkt des gesamten Industrie- und gewerblichen Lebens für unsern Bezirk und noch weit darüber hinaus ist. Sind doch im Mannheimer Industriegebiet allein über 21% der gesamten Arbeiterschaft Baden beschäftigt. Für die Pfalz ist aber zweifellos Ludwigshafen das, was Mannheim für Baden ist. Nach den statistischen Aufzeichnungen der Stadt Mannheim für alle Krankenkassen gestaltete sich die Mitgliederbewegung in den letzten drei Jahren wie nachstehend angegeben:

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres betrug jedesmal am Monatschluß die Differenz in der Mitgliederzahl aller Krankenkassen von Mannheim:

Monat:	in 1907 zu 1906	in 1908 zu 1907	in 1909 zu 1908
Januar	+ 5235	+ 335	- 1089
Februar	+ 6014	+ 1028	- 2684
März	+ 6438	+ 309	- 1160
April	+ 7884	- 2804	+ 729
Mai	+ 8049	- 3597	+ 2683
Juni	+ 8510	- 3127	+ 2159
Juli	+ 5848	- 2635	+ 1768
August	+ 4678	- 2985	+ 2748
September	+ 2891	- 3190	+ 3321
Oktober	+ 2388	- 2506	+ 3475
November	+ 2611	- 3089	+ 4190
Dezember	+ 2800	- 2807	+ 5110

Überblickt man diese Zahlenreihe, so sieht man un schwer den Gang der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen. Doch dürfte diese Aufstellung darum kein vollständig zutreffendes Bild über die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes im Bezirk geben, weil zur Belastung des Arbeitsmarktes nach der ungünstigen Seite, in unserm Bezirk auch die in Baden und der Pfalz nebst den angrenzenden heftigen Bezirken stets wachsende Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie einen nicht zu verkennenden Einfluß ausübte. Ebenso darf nicht die Tätigkeit der Industriearbeitsnachweise in Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal bei Beurteilung des Arbeitsmarktes unterschätzt werden, welche die offensibare Tendenz verfolgen, den Arbeitsmarkt zu gunsten der Unternehmer zu gestalten durch Heranziehung von auswärtigen Arbeitern und Vergrößerung der Zahl der einheimischen arbeitssuchenden Arbeitslosen.

Einen weiteren Einblick in die Lage des Arbeitsmarktes gewähren die Zahlen der nachfolgenden Krankenkassen von Ludwigshafen a. Rh.

Uebersicht über den Stand der Mitglieder am 31. Dezember des Jahres:

Name der Kasse	1906	1907	1908	1909
Ortskrankenkasse	237	254	229	253
Innungskrankenkasse im Metallgewerbe	925	1009	850	727
Betriebskassen Gebr. Sulzer	1340	1435	1200	1230
Zusammen	2512	2698	2279	2210

An der Übernahme der Mitglieder aller deutschen Krankenkassen war Baden im Jahre 1908 mit rund einem Drittel der Gesamtsumme beteiligt. An der Übernahme der Mitgliederzahlen aller Krankenkassen des Reiches im Jahre 1909 aber nur etwas mehr als mit dem

40. Teil. Unter solchen Umständen ist die außergewöhnlich schwierige Lage, in der die Kollegen unseres Bezirkes sich befinden, verständlich. Ebenso begreifbar erscheint es daher, daß in unserem Bezirk die

Wohn- und Arbeitsverhältnisse

stark nicht gerade vorteilhaft für die Arbeiter zu gestalten vermochten. Die im vorigen Jahre in den Betrieben Mohr & Federhaff, Bopp & Neuther, Fink, Dörflinger, Gebr. Neuling, Brown & Woverl, Strebelwerke, Inkonwerke u. a. in Mannheim; bei den Firmen Gebr. Sulzer und bei Blasch in Ludwigshafen, sowie bei Klein, Schanzlin u. Beder, Kühnle, Kopp & Kaufsch in Frankenthal vorgenommenen Abford- und Lohnreduzierungen (35-75%) wurden nicht wieder wettgemacht. Im Gegenteil. Auch an anderen Stellen wurden im Berichtsjahre ebenfalls Abfordreduzierungen vorgenommen. So in Weinheim in der Sandwirtschastlichen Maschinenfabrik „Badenia“ 70%, in Frankenthal bei der Firma Albert & Cie. bis zu 35%; in Durlach bei der Firma Seebold & Neff von 30 bis 70%.

Arbeitszeitverkürzungen hielten aus dem Vorjahre an, bzw. wurden weiter vorgenommen bei den Firmen Lanz, Unionwerke, Bopp & Neuther, Mannheim; Sulzer Ludwigshafen, Klein Schanzlin & Beder, Kühnle Kopp & Kaufsch, Albert & Cie. Frankenthal, Schnellpressenfabrik Heidelberg, Paul Schälke Deggersheim, Maschinenfabrik Schnabel & Henning Bruchsal, Gutner und Seebold & Neff, Durlach, Badenia Weinheim, Dörflinger Obriheim. Vereinzelt betrug die Arbeitszeitverkürzungen bis herab zu 15 Stunden die Woche. Die stündliche Schicht mit einem wöchentlichen Aussektage war in den meisten dieser Werke fast Regel, die 5 1/2 stündige Schicht mit einem Aussektage in der Woche nicht selten.

Arbeiterentlassungen wurden auch in diesem Jahre noch an verschiedenen Stellen vorgenommen. Solche Werke, welche im vorigen Jahre solche bereits vornahmen, machten diese nicht weit. Nur die Firma Benz in Mannheim vermehrte wie im Vorjahre ihre Arbeiterzahl. Hingegen reduzierte die Werkszeugmaschinenfabrik Wschwind in Karlsruhe ihre Arbeiterzahl bis auf ungefähr ein Fünftel der früheren Belegschaft. Die Schreibmaschinenfabrik Wiedemer in Bruchsal, die Badisch-Rheinische Maschinenfabrik Theodor Schmidt in Karlsruhe, die Eisengießerei Schmidt in Rastatt und die Wagzeisenfabrik in Darmstadt stellten den Betrieb ganz ein.

Steht man in Betracht, daß auch im Vorjahre die Lebensmittelpreise für die wichtigsten Lebensmittel sowie die Mietpreise in dem größten Teile unseres Bezirkes weiter gewachsen sind, so ergibt sich, daß die

Allgemeine Lebenslage

unserer Kollegen noch lange nicht so ist, daß sie bezüglich der Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage zu ruhe zu sein notwendig hätten. Das erscheint noch um soviel plausibler, wenn man in Erwägung zieht, daß trotz aller Nachteile, welche die Wirtschaftskrise den Arbeitern gebracht, das Unternehmertum im allgemeinen besser abkühlt als die Arbeiter. Wenigstens bewegten sich die in den größeren Betrieben des Bezirkes verteilten

Unternehmergewinne

wesentlich in derselben Höhe wie im Vorjahre. Nur in ganz wenigen Fällen aber bleiben diese und die im Vorjahre hinter denen der Hochkonjunktur zurück. Einzelne überholten sogar die Höchststandeshöhe der Vorjahre. So verteilten nach den öffentlich bekannt gegebenen Berichten der einzelnen Werke die Firma Brown & Woverl 1909 11% (6*), Stahlwerk Mannheim 6% (6), Rhein. Schucker-Gesellschaft 7% (6), Süddeutsche Kabelwerke 7% (8), Vereinigte Chemische Fabriken Mannheim, Lampertheim und Heilbronn 20% (20) Mannheimer Gummi- u. Guttaperchafabrik 10% (10), Neue Rheinau 5% (6), Rheinschiffahrts-Aktiengesellschaft vorm. Fendel 4% (6), Rheinische Gummi- u. Zellulosefabrik 25% (25), Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen 24% (22), Industriewerke Luz, Ludwigshafen 9% (9), Albert & Cie., Frankenthal 12% (12), Klein Schanzlin & Beder, Frankenthal 6% (8), Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg 12% (12), Maschinenfabrik Schnabel & Henning, Bruchsal 25% (25), Griener, Durlach 12% (12), Wags & Freitag, Neustadt a. d. B. 10% (10), Emailierwerke Annweiler 6% (6), Baus, Bandau 10% (6), Badenia, Weinheim 12% (12), und Grün & Wilsinger, Mannheim 7% (7).

Wie ersichtlich, haben die Unternehmer es im allgemeinen gut verstanden, sich der Einwirkungen der Wirtschaftskrise zu entziehen. Zu dieser Auffassung kommt man umso mehr, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß einzelne dieser Firmen im letzten Jahre nur kaum eine niedere Dividende verteilten, um einen Teil des Reingewinnes zur Erhöhung des Aktienkapitals oder zur Schaffung besonderer Reserven zu benutzen. Angesichts dieser Dinge sollte man erwarten, daß das Bestreben der Arbeiter nach Besserung ihrer Lage ein größeres wäre. Das ist leider nicht der Fall. So hatte denn auch die

Mitgliederbewegung

neben all den geschilderten und bekannten Einflüssen auch noch unter einer gewissen lethargie, hervorgerufen durch die vielen von sozialdemokratischer Seite in den letzten Jahren planlos geführten und verlorenen Streiks, zu leiden. Immerhin ist es uns doch gelungen, im letzten Quartal des Berichtsjahres wieder alles das einzuholen und noch eine ansehnliche Zahl Mitglieder mehr, wie die Krise uns zu entreißen vermochte. Wohl aus den oben angeführten Gründen schlossen nicht so günstig die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Bezirke und besonders der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ab. Das sozialdemokratische Gewerkschaftsstatistik in Mannheim verlor allein in der Zeit von Anfang 1908 bis Ende 1909 rund 7000 Mitglieder. Davon in 1908 5000 und in 1909 noch einmal 2000. Die Tatsache, daß wir wenigstens einen kleinen Fortschritt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften einen schweren Rückschlag aufzuweisen, zeigt, daß im selben Augenblicke, wo das Vertrauen der Arbeiter zur sozialdemokratischen Organisation in nicht unbedeutendem Maße abnahm, das Vertrauen zu unserm Verband trotz aller Hege von sozialdemokratischer Seite um nichts eingebüßt, ja eher noch zugenommen hat. Das ist gut so und erfüllt unsere Kollegen mit noch größerem Vertrauen für die

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Dividenden des Vorjahres

Zukunft und im Bewußtsein auf den Erfolg ihrer Agitationstätigkeit. Das muß aber auch so sein. Ja, jetzt müssen die Kollegen noch mit größerem Eifer an die Arbeit gehen. Besonders darum, weil sie wissen, mit welchem verhängnisvollen Feinde sie es zu tun haben, der zu jeder Zeit zu jeder arbeitserfähigenden und sonstigen Handlung fähig ist. — Dasselbe Bild wie die Mitgliederbewegung zeigt auch

Die Beitragsleistung

Sowohl in der Zahl der verkauften Marken im allgemeinen wie in Bezug auf die Einnahmen für Mitgliederbeiträge und Gesamteinnahmen ist am Schlusse des Jahres eine bedeutende Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Aber auch die ausgezahlten Unterstützungssummen sind beträchtlich gestiegen. Die vom Bezirksleiter gegenübergestellten Zahlen beweisen, daß gerade in der schlechtesten Zeit der Verband in unserem Bezirk geradezu Horenbes geleistet hat; zumal, wenn man bedenkt, daß zur Bestreitung der Agitation im Bezirk die Zentralkasse noch beträchtliche Zuschüsse leisten mußte.

Die Agitation

Selbst gestaltete sich wie folgt im Bezirke: Es wurden abgehalten: 356 Mitglieder-, 28 öffentliche Versammlungen, 149 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 96 Fabrik- und Werkstattversammlungen und 4 Streikversammlungen und Streikappells. Der Bezirksleiter war in der Berichtszeit in 104 Mitglieder-, 21 öffentlichen, 85 Fabrik- und Werkstattversammlungen, 27 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 4 Streikversammlungen und Streikappells, 29 Mitgliederversammlungen der Bruderverbände, 3 Verhandlungen mit Arbeitgeberern, 4 Besprechungen mit öffentlichen Behörden, 9 Sitzungen in Unterrichtskursen, 5 Beamtenkonferenzen, in 9 Mitglieder- und 23 öffentlichen Versammlungen unseres Verbandes außerhalb unseres Bezirkes und in 62 sonstigen Sitzungen und Versammlungen. An Flugblättern wurden im Bezirk im Berichtsjahre 39 300, an Zirkularen zur Hausagitation 800, an Hand von Flugzetteln zur Einladung von Versammlungen usw. 12 200 verbreitet. Letztere wurden mit wenigen Ausnahmen auf dem Bureau mittels Vervielfältigung hergestellt.

Die Bureauaktivität gestaltete sich wie folgt: Es gingen ein 527 Briefe, 483 Postkarten, 120 Drucksachen, 96 Pakete, 28 Telegramme, 107 Geldsendungen; ausgegangen sind: 601 Briefe, 395 Postkarten, 1125 Drucksachen, 40 Pakete, 33 Telegramme und 26 Geldsendungen. Es wurden 134 Zeitungsartikel verfaßt und an zusammen über 120 Zeitungen versandt. In 288 Fällen verkehrten ebensolche Kollegen auf dem Bureau zum Zwecke der Erhebung der Preise- und Aufenthaltunterstützung, in 116 Fällen ebensolche Kollegen zur Erhebung der Unterhaltungsunterstützung und 8 Kollegen in Arbeiterschutz- und Versicherungsangelegenheiten. In 5 von den letzten Fällen vertrat der Bezirksleiter die betr. Kollegen vor dem Gewerbe- bzw. Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Die Gesamtsumme der durch die Vertretung errungenen Erfolge beläuft sich auf 180-190 Mk. jährlich. Zwei der zur Vertretung übernommenen Fälle gingen verloren, weil die betr. Kollegen vorher den Tatbestand nicht richtig mitgeteilt und sich Fehler hatten zu schulden kommen lassen. — An

Wohnbewegungen und Streiks

waren wir im Berichtsjahre in 6 Fällen beteiligt. Zwei davon spielten ins laufende Jahr hinüber und wird ausführlich darüber im nächsten Jahre Bericht erstattet. Eines jedoch kann hier gesagt werden, nämlich, daß die Bewegung in Lampertheim durch das Zusammengehen der verschiedenen Organisationen für die beteiligten Kollegen einigermassen befriedigend verlief, während die andere, die der Sinsheimer Emailierarbeiter, durch den Indifferenzismus der Arbeiter vorläufig scheiterte. Ebenso scheiterte eine vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Frankenthal bei der Firma Klein, Schanzlin u. Beder und bei der Firma Albert u. Cie. geführte Abwehrbewegung, an der wir mit einigen Kollegen beteiligt waren. Die Bauhofsloßerbewegung in Mannheim im Anfang des Jahres scheiterte an dem halbstarrigen Verhalten des sozialdem. Metallarbeiterverbandes bzw. dessen Geschäftsführers, der mit uns nicht verhandeln wollte. Die Innungsmeister lehnten dieserhalb überhaupt die Verhandlungen ab und deshalb arbeiten bis heute die Bauhofsloßer tariflos. An der vom sozialdem. Geiz- und Maschinenverband geführten Tarifbewegung der Geizer und Maschinenisten auf dem Rhein und der Kranen- und Elevatorführer in den Mannheimer und Ludwigshafener Häfen waren wir mit 8 Kollegen beteiligt. Nach ungefähr vierwöchentlichem Kampfe wurden hier seitens der Arbeitgeber folgende Zugeständnisse gemacht: Der Lohn für Geizer und Maschinenisten auf dem Rhein wird sofort um 1 Mk. pro Woche erhöht; ab 1. Januar 1910 erfolgt eine weitere Zulage von 50 Pfg. pro Woche. Für die im Hafengebiet tätigen Kranenführer, Elevatorführer und Geizer wird der Lohn ab 1. Januar um 1,50 Mk. pro Woche erhöht. Die Städtgatarbeiter erhalten ab 1. Januar 1910 eine Lohnzulage von 20 Pfg. pro Tag.

Die Gegner

machten uns etwas mehr zu schaffen als früher. Besonders bei Beendigung des Strebelwerksstreiks, der bekanntlich noch in das Berichtsjahr hinüber spielte. Man versuchte in der unverfrorensten Weise den Ausgang dieses Kampfes als einen Sieg hinzustellen, und als dies nicht gelang, uns die Schuld an dem schlechten Ausgang desselben zuzuschreiben. Doch wir blieben den Helden die Antwort nicht schuldig, sowohl in der Presse wie in Versammlungen, zu denen diese Leute den Mut nicht hatten zu erscheinen.

Die geradezu teuflische Hege, welche anlässlich des Rheinsefelder Streiks gegen uns geführt wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Darf man doch wohl annehmen, daß über den Charakter und den beabsichtigten Zweck derselben jenseit an Aufklärung geleistet wurde, wie nur möglich war und sich darum ein weiteres Eingehen darauf hier erübrigt.

Die Geizen suchen besonders bei Wohnbewegungen und Streiks sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Unter den ehemaligen Radikalführern der Strebelwerke haben sie einen nicht zu unterschätzenden Anhang für die Arbeiterschaft dieses Wertes gewonnen. Das Interessante ist dabei, daß dort ehemalige Bestimmungsträger der Sozialdemokratie als gelbe Sumpfpflanzen glänzen.

Die Anarcho-sozialisten machten besonders bei dem Ausgange des Strebelwerksstreiks in blutdürstigen Flugblättern und Radauerverfammlungen Propaganda für ihre Ideen. Mit den Geizen teilen diese sich den Abfall, den die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ihre unsinnige Gewerkschaftstatistik im Bezirk verschuldeten. Von den Fische-Dunkern hört man immer weniger im Bezirk. Bis Anfang 1909 waren noch 2 Beamte für sie im Bezirk tätig. Heute nur noch einer.

Aufklärungs- und Bildungsarbeit

versuchten mitunter mehr oder weniger zu leisten. Vorträge über die sozialpolitischen Fragen und Tagesereignisse wurden möglichst in allen Ortsgruppen von den mit in der Agitation stehenden Kollegen und dem Bezirksleiter nach einheitlichen Dispositionen gehalten. Die behandelten Themenata betrafen: Versicherungsreform, die neue Gewerbeordnungsnovelle, Arbeitskammern, Arbeitslosenfrage und Arbeitslosenversicherung, die Verfassung des deutschen Reiches und der Einzelstaaten, der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der Kampf der Gegner gegen unsere christlichen Gewerkschaften, Verwaltungsarbeiten, Hausagitation, Unternehmerarbeitsnachweise, den Rheinsefelder Streik, den Radikaler Landfriedensbruchprozeß und das leidenschaftliche Plädoyer des Staatsanwaltes Mehl usw.

Nebenbei wurde zu diesen Referaten passende und auch sonstige soziale Literatur verbreitet. Die Gesamtsumme für die vom Bezirksleiter verkauften Broschüren und Schriften beläuft sich auf 320 bis 330 Mark.

Die Bezirkskasse

bilanzierte wie folgt:

Einnahmen:	
Aus den 7 1/2 % und den Extrabeiträgen	2522,14 Mk.
Zuschuß von der Zentrale	2600,— "
Summa	5122,14 Mk.
Ausgaben:	
Defizit von 1908	60,17 Mk.
Gehalt und persönliches	2000,— "
Büromiete	360,— "
Licht und Heizung	114,80 "
Reinigung	79,— "
Fahrtgeld	418,87 "
Speisen und Nachtlogis	603,70 "
Drucksachen und Schreibmaterial	326,85 "
Zeltungen	95,75 "
Sonstige Literatur	31,10 "
Porto, Telefon und Telegramme	815,88 "
Agitationshilfe	413,— "
Euroeinrichtung	215,56 "
Versicherungsbeitrag	12,88 "
Summa	5044,41 Mk.
Bilanz:	
Einnahmen	5122,14 Mk.
Ausgaben	5044,41 "
Bestand	77,63 Mk.

Die Bezirkskasse wurde jeden Monat durch die Kollegen Samstag, Schaaß und Jung revidiert. Ausstellungen werden nicht gemacht. Eine Reihe der in den Ausgabenposten enthaltenen Ausgaben entfallen als Ausgaben auf das Konto der Tätigkeit des Bezirksleiters und der Hilfskräfte außerhalb des Bezirkes. — Soweit der Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters.

An den Bericht schloß sich eine lebhaft Diskussion. Bemerkenswert ist das seitens einiger Kollegen gemachte Geständnis, daß es an manchen Stellen noch hätte besser vorwärts gehen können, wenn sie sich nicht allzusehr auf die Bezirksleitung und die wenigen in der Agitation mit tätigen Kollegen verlassen hätten. Die hieran getnüpften Vorläge und Versprechen, es in Zukunft anders zu machen und das Verfaumte nachzuholen, lassen erwarten, daß mit dem Aufwärtstreiben der Konjunktur erneute Tatkraft zur innern und äußeren Erhaltung unseres Verbandes Platz greift.

Dazu dürften dann auch vor allem die großzügigen Ausführungen unseres zweiten Zentralvorsitzenden Kollegen Klost beigetragen haben. In halb instruerender, halb kritischer und anspornender Weise legte er die Grundlinien unserer zukünftigen Arbeit im allgemeinen und im besonderen in unserm Bezirke dar. Der Bezirksleiter ergänzte dieselben noch im einzelnen an der Hand der Ausführungen aus den gepflogenen Debatten und den Erfahrungen in Bezug auf Agitation, Organisation und Verwaltungsarbeiten im Bezirke.

Herr Redakteur Kraus, der uns in wohlwollender Weise ein instruktives Referat zu halten zugesagt hatte, aber durch die Ausbehnung der übrigen Tagesordnung nicht dazu kam, machte dann noch kurze bemerkenswerte und beherzigenswerte Ausführungen, welche von den Konferenzteilnehmern nicht minder beifällig aufgenommen wurden.

Nachdem in den Bezirksvorstand die alten Kollegen wiedergewählt und der Kollege Samstag den Delegierten und besonders unserm zweiten Zentralvorsitzenden und Herrn Redakteur Kraus gebankt, ergriff Kollege Klost noch einmal kurz das Wort zu einem begeistert aufgenommenen Schlußwort. Einstimmig angenommen wurde hierauf folgende

Resolution

„Die heutige Bezirkskonferenz erkennt angesichts der aufsteigenden Konjunktur aus den Ausführungen des Kollegen Klost und Teilen die Unerschlichkeit einer intensiven Agitation und verpflichtet, alles daran zu setzen, um eine größtmögliche Vorwärtsbewegung unseres Verbandes zu erreichen. Den Jugendorganisationen ist größere Aufmerksamkeit seitens der Kollegen zu schenken. Von der diesjährigen Generalversammlung erwartet die Konferenz geeignete Schritte in der Jugendfrage.

Ebenso erwartet die Konferenz von der Generalversammlung geeignete Schritte betr. die Regulierung des Unterstützungswesens im Interesse der Wahrung des Charakters unseres Verbandes als Gewerkschaft. Bezüglich der Sozialzuschläge erklärt die Konferenz, daß ab 1. Juli 1910 im ganzen Bezirk in der obigen Weise der Beitragsklasse der 70 Pfennigbeitrag als Mindestbeitrag gilt.“

Damit war die Konferenz zu Ende und wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Die Väter der Gelben an der Arbeit.

Allen Anschein nach sind die gelbigen Väter der Arbeiterbewegung mit den Erfolgen ihrer mehrjährigen Arbeit nicht zufrieden. Einige zehntausend Arbeiter sind ihnen zwar in die Netze gegangen. Doch bilden diese einen verhältnismäßig sehr geringen Prozentsatz sowohl der gesamten wie auch der anders organisierten Arbeiterschaft. Von einer Schwächung oder gar einer Ueberwindung der Sozialdemokratie durch die gelbe Bewegung kann durchaus nicht die Rede sein. Das hat nun den „Aussschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ (Förderungs-Ausschuß) veranlaßt, einmal wieder recht kräftig die Werbetrommel zu rühren, sowohl für den Bund vaterländischer Arbeitervereine wie auch für die gelben Werkvereine. Es ist eine sehr illustre Gesellschaft, die da den Förderungs-Ausschuß bildet. Ein General-Major, ein Graf, ein Freiherr, ein Oberbergrat a. D., ein Direktor und ein Justizrat: das sind die — selbstverständlich uneigennütigen — Förderer der gelben Arbeiterbewegung. Wenn dazu, wie geschehen, das Herrenhaus als Beratungsstätte für eine Neubelebung der gelben Sache dient, dann fehlt aber auch rein gar nichts an dem richtigen Willen für eine Arbeiterbewegung.

Es liegen uns Schriftstücke vor, schreibt das „Zentralblatt“, nach denen zunächst der Vorsitzende des Förderungs-Ausschusses, General-Major von Voebell, unterm 18. Mai zu einer Sitzung einladet, die auch am 25. Mai im Herrenhause stattgefunden hat. Neben dem Verlaufe der Sitzung ist folgendes Rundschreiben verfaßt worden:

„Förderungs-Ausschuß für vaterländische Arbeitervereine.“

Der von General von Voebell geleitete Förderungs-Ausschuß für vaterländische Arbeitervereine hatte zum 25. d. M. eine Versammlung in das Herrenhaus zu Berlin einberufen, die aus allen Teilen des Reiches von etwa 100 Männern, die mit der Arbeitererschaft in enger Fühlung stehen, besucht war. Anwesend waren u. a. Parlamentarier verschiedener Fraktionen, Industrielle, Handwerksmeister, Arbeitervertreter und viele bekannte Sozialpolitiker.

Nach mehrstündiger eingehender Debatte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Versammlung erachtet es für dringend notwendig, daß zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Entwicklung der bestehenden, bereits einige Hundert zählenden vaterländischen Arbeitervereine, Werkvereine und aller sonstigen, den sozialdemokratischen Bestrebungen feindlich gegenüberstehenden Arbeitervereinigungen, sowie die Neubildung möglichst vieler dergleichen Vereine im Sinne der heutigen Vorschläge kraftvoll gefördert werden.

Die Versammlung wünscht daher, daß die von dem Förderungs-Ausschuß bereits 1907 begonnene Arbeit durch moralische und materielle Mittel nachhaltig unterstützt werde.

Nachdem das Tätigkeitsprogramm des Förderungs-Ausschusses eingehend besprochen war, verstärkte sich der Förderungs-Ausschuß durch Zuwahl mehrerer Herren, um nunmehr in eine umfassende Werbetätigkeit zur Beschaffung der für die Erfüllung dieser dringenden, nationalen Aufgaben erforderlichen Mittel einzutreten.

In unbetracht der eigenartigen Sozialpolitik, wie sie die Förderung der Gelben zweifellos darstellt, wäre es außerordentlich interessant die Namen der „vielen Sozialpolitiker“ zu erfahren, die der Sitzung beigewohnt haben.

Ein anderes Rundschreiben des Förderungs-Ausschusses ist zweifellos von größter Wichtigkeit. Denn aus demselben geht klar hervor, daß die hohen Protektoren weder erbaut sind von den konfessionellen Arbeitervereinen, noch von den nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften. Aus politischen Gründen werden lediglich die vaterländischen Arbeitervereine und zur Wiederhaltung der wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter die gelben Werkvereine gefördert. Auch sollen dem letzteren Zwecke hiezu die vaterländischen Arbeitervereine dienen, wo in einem Betriebe mangels genügender Arbeiterzahl kein Werkverein existenzfähig ist. In dem betreffenden Rundschreiben heißt es:

„Von den nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen haben die konfessionellen Arbeitervereine und die kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften trotz jahrelangem Bestehen es nur auf je etwa eine achtel Million Mitglieder gebracht. Hieraus erhellt zur Genüge, daß die Ziele dieser Arbeiterorganisationen für die breiten Massen der Arbeiterschaft keine Zugkraft besitzen. Die großen Hoffnungen, die man in weiten Kreisen auf die christliche Gewerkschaftsbewegung setzte, sind gleichfalls enttäuscht worden.“

Die Mitgliederangabe über die konfessionellen Arbeitervereine ist vollständig unzutreffend. Diese Vereine haben mehr wie eine halbe Million Mitglieder. Bekanntlich waren auf dem letzten christlich-nationalen Arbeiterkongreß — an dem weder die Gelben noch die kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften teilnahmen — über eine Million nichtsozialdemokratischer Arbeiter vertreten. Im übrigen qualifizieren wir mit Vergnügen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht wegen mangelnder Werbefähigkeit enttäuscht haben, mithin nur wegen ihrer Wirksamkeit. Damit zeigen die gelben Nährväter am besten, wie sie sich eine Arbeiterbewegung denken. An einer anderen Stelle des Schreibens ist demnach gesagt, daß die vaterländischen Arbeitervereine zu politischen Zwecken mißbraucht werden sollen und zwar mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeitgeber (!) doch auch Staatsbürger sind!! — Endlich wird auch noch ausgesprochen, warum die Herren nicht den Arbeitgeber allein die Förderer der gelben Bewegung über-

lassen. Der Förderungs-Ausschuß will eine „neutrale Stelle“ sein, weil eine „gehobene Erziehung“ notwendig ist, die besonders vorsichtig gehandhabt werden muß, um der Arbeiter Eifersucht auf ihre Selbständigkeit nicht zu wecken. Dies kann seitens der Arbeitgeber nur in einem beschränkten Maße geschehen.

Ein interessanter Beleg zur Naturgeschichte der Gelben. Die hohen Protektoren schwingen übrigens fast in allen Schriftstücken fleißig den Klugebeutel, da „zur Erfüllung ihrer Aufgaben große Geldmittel erforderlich sind“. Mögen sie immerhin Gelder sammeln. Wenn die Arbeiterschaft rechtzeitig darüber aufgeklärt wird, daß die Sozialdemokratie den gelben Förderern zwar als willkommenes Schreckgespenst dient, daß aber im übrigen ihr Kampf jeder selbständigen Arbeiterbewegung gilt, dann wird sich das Endresultat ergeben, daß mit Geld allein keine Arbeiterbewegung „gemacht“ werden kann.

Aus den Knappschäftslisten in Bayern.

Unkläglich der 1. Generalversammlung des Bayerischen Knappschäftsverbandes, die am 7. Mai im Generaldirektionsgebäude in München tagte, fand am 6. Mai eine Knappschäftsältesten-Delegiertenversammlung statt, einberufen vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter und vom christlichen Metallarbeiterverband. Vertreten waren die Knappschäftsvereine Amberg, Berchtesgaden, Bodenmais, Rosenheim, Traunstein, Peissenberg, Bergen, Bodenmühl, Obereichstätt, Sonthofen und Weitherhammer. Kamerad Karl aus Rosenheim führte den Vorsitz und begrüßte die Delegierten und Gäste.

Kollege Hinterseer aus Amberg besprach die Knappschäftsverhältnisse in Bayern; er ging von dem Grundgedanken aus, daß bessere Knappschäftsverhältnisse nur erzielt werden können durch einen Zentral-Knappschäftsverband für ganz Bayern. Keiner wies darauf hin, daß ja der Anfang hierzu durch den jetzigen Knappschäftsverband, der nur aus Drängen der christlich organisierten Arbeiter geschaffen worden ist, gemacht sei. Diesem Verband hatten aber noch sehr viele Mängel von großer Bedeutung an, wie aus dem Statut zu ersehen ist. Dieses Statut sei zu juristisch verfaßt, daß selbst juristisch gebildete Amtsvorstände sich oft im unklaren darüber befinden. Auch bedeutende Beschlechterungen bringt das Statut mit sich: aus diesem Grunde sei der Knappschäftsverein St. Ingbert mit seinen 2000 Mitgliedern dem bayr. Knappschäftsverband noch nicht beigetreten.

Redner begründete dann die Wanderungsanträge zu § 1 A und zu § 6, 10, 17, 25, 28, 29, 34 und 51 B, sowie die eingereichte Beitrags- und Pensionstabelle; besonders sei dafür einzutreten, daß die Freizügigkeit der Knappschäftsmitglieder nicht noch mehr unterbunden wird, und betonte, daß bessere Knappschäftsverhältnisse nur erreicht werden können, wenn die Arbeiter für den weiteren Ausbau der christlichen Organisationen Sorge tragen würden.

In der Diskussion erklärten die Delegierten einstimmig für die Anträge einzutreten. Abgeordneter Kollege Demald gab sachlichen Bericht über die Verhältnisse der bayr. Staatsarbeiter, über Arbeiterfragen im Landtag und bemerkte, daß die Staatsarbeiter sich mehr um die christliche Organisation scharen sollen, da es nur dann für sie möglich sei, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Kollege Konrad aus Nürnberg ermahnte die Delegierten für die christliche Organisation zu agitieren, ihre Kollegen aufzuklären über die Notwendigkeit der Berufsorganisationen, da nur eine strikte christl. Organisation Garantie bietet, daß die Interessen der Kollegen gewahrt und vertreten werden.

Ein Gast bemerkte, daß er der christlichen Arbeiterbewegung großes Interesse entgegenbringe, beurteilte die janatische Hege der Sozialdemokraten, die den Arbeitern mehr Schaden als Nutzen bringe, und bedauerte auch, daß die höheren Behörden der Staatswerke den christl. Organisationen nicht mehr Entgegenkommen zeige. — Nach weiteren in größter Einheit gepflogenen Erörterungen wurden Vorschläge zur Wahl der Arbeitervertreter im ständigen Ausschuß gemacht. Die vorgeschlagenen Kandidaten wurden auch in der Generalversammlung gewählt. Die christliche Liste hatte 84 Stimmen, die sozialdemokratische (Peissenberg) 67. Gewählt sind somit als Arbeitervertreter:

- | | | |
|-------------------------|----------------------------------|-------------|
| Vertreter | Bergwerke: | Ersahmänner |
| Andreas Fuxler, Amberg | Simon Hirschvogel, Peissenberg | |
| | Südenwerke: | |
| Franz Kaiser, Bodenmühl | Michael Braudmann, Obereichstätt | |
| | Salinenwerke: | |
| Kaver Karl, Rosenheim | Franz Brandner, Berchtesgaden | |

Mit einem herzlichen Glück-Wunsch und dem Wunsch auf frohes Wiedersehen als treue christliche Gewerkschaftler schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Delegiertenversammlung.

Arbeit und Streben ist Gottes Gebot.
Arbeit ist Leben, Nichtstun ist Tod.

Gewerkschaftliches.

Die empfindliche „Metallarbeiter-Zeitung“.

Das sozialdemokratische Verbandsorgan entsetzt sich in seiner Nr. 25 über die Bemerkung, die wir in der Erwiderung des Kollegen Engel auf die Anrempelungen des schweizerischen Genossen Mäusler in der „Met.-Ztg.“ hinzugefügt haben. Das seien „unverschämte Anspielungen“ auf den sozialdemokratischen Verband gewesen.

O, diese pharisäische Hyperempfindlichkeit! Zuerst fragt die „Metallarbeiter-Ztg.“ mit nicht mißzuverstehender Verbächtigungsabsicht, was der christl. Verband mit den freiwilligen Sammelgeldern angestangen habe, und als wir ihr darauf antworten und hinzusetzen, wenn die Verwaltung im sozialdemokratischen Verband so korrekt geführt würde wie im christlichen, dann hätte nichts das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen, nun soll diese provozierte Abwehr eine „unverschämte Anspielung“ sein. Warum denn so hochgradig nervös? Wir hätten viel mehr berechtigte Ursache gehabt, uns über „unverschämte Anspielungen“ und auch über böswillige Verbachtigungen zu entrichten, als die „Metallarbeiter-Ztg.“ mit ihren Anrempelungen bezügl. der Sammelgelder für Rheinfelden. Hätte das sozialdem. Blatt diese Verbachtigungen nicht in die Welt gesetzt, dann hätten wir die ihm unbequeme Antwort ja garnicht zu geben brauchen.

Wenn die „Met.-Ztg.“ dann aus den Zahlen unserer Jahresabrechnung schließen will, daß die Hauptkasse des christl. Metallarbeiterverbandes zu den Kosten der Rheinischer Bewegung „soviel wie nichts beigetragen“ habe, weil fast die ganze Summe dafür durch freiwillige Sammlungen aufgebracht worden sei, so ist das ein großer Trugschluß. In der Zahl, der in der Jahresabrechnung als Streifsumme angeführt ist, sind auch Sammlungen für andere Streiks wie den von Rheinfelden enthalten. Ferner macht die in der Jahresabrechnung pro 1909 angeführte Streifsumme nicht den ganzen Betrag der in Rheinfelden gezahlten Unterstützungen aus, da die Unterstützungen vom Anfang d. J. an darin nicht enthalten sind. Mithin ist die Schlussfolgerung des Stuttgarter Blattes sachlich falsch und die daran gefüllten Anrempelungen entbehren jeder Unterlage.

Auf die übrigen Redensarten des sozialdemokratischen Verbandsorgans näher einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Wir wollen auch vorerst davon absehen, Fälle anzuführen, wo der sozialdemokratische Verband die „Opfer“ seiner Streiktatistik dem Glend überlassen und sie ohne Gewissensbisse abgeschüttelt hat. Fast jeder größere verlorene Kampf des sozialdemokratischen Verbandes — und daran hat er ja keinen Mangel — hat noch solche „Opfer“ auf der Streide gelassen. „Opfer“, die viel eher Ansporn auf Unterstützung gehabt hätten, wie in dem angezogenen Fall von Rheinfelden. Der christliche Metallarbeiterverband hat hier weit mehr wie seine Schuldbigkeit getan, daran vermögen alle Verbachtigungen nichts zu ändern.

Über Haß gegen die Christlichen.

Im „Reich“ untersuchte Kollege Behrens in einem Artikel „Innerlich zerrissen“ die Zerfahrenheit innerhalb der Sozialdemokratie. Dazu bemerkt das gelbe Organ „Der Bund“ in seiner Sonderausgabe für den gelben Verein, Werk Krupp in Essen:

„Die Arbeit der Christlichen ist, wie bekanntlich wiederholt von autoritativer Seite bestätigt wurde, weiter nichts als eine Vorarbeit für die Sozialdemokratie. Deshalb ist die „christlich-nationale“ Arbeiterbewegung genau so innerlich zerrissen und unwahr, wie die sozialdemokratische Bewegung. Und bei solcher Sachlage, die jeder sehen kann, der sehen will, hat Behrens den traurigen Mut, der Deffentlichkeit solchen Schwachs vorzusetzen! Wir wollen es hier einmal ganz deutlich aussprechen, daß Behrens auf gewerkschaftlichem Gebiet ein ganz besonders gefährlicher Mann ist, der mit seinen frommen Sprüchlein und schönen patriotischen Redensarten schon viel Schaden angerichtet hat. Es ist deshalb unsere Pflicht, diesem Manne nach Möglichkeit das Wasser abzugraben. Und das werden wir nach Kräften besorgen.“

Das sieht den Gelben ähnlich. Der Mann, der das geschrieben, gehört sogar einem evangelischen Arbeiterverein an. Auf derartige Angriffe geht man nicht ein, so viel sind die gelben Mäcker nicht wert. Sie müssen ja auch für die Armen, die sie von den Werkbesitzern erhalten, etwas leisten. Sonst wird ihnen der Brotkorb höher gehängt.

Ein sozialdemokratisches Genie!

Da zerbrechen sich Staatsmänner und Sozialpolitiker die Köpfe über die heiklen Steuerfragen. Monatelang wird angestrengt gearbeitet, verhandelt und diplomatisiert, um zu einer Lösung zu kommen. Derweil geht die Welt achlos vorüber an den Genies, die binnen fünf Minuten im Handumdrehen diese Probleme „lösen“ können. Wie das gemacht wird? Ein Angestellter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes (Kopfe-Berlin) hat kürzlich das Rezept in einer Versammlung zu Sorau (M.-Pommern) gegeben. Es lautet also:

„Nachdem die Vertreter der Christlich-Nationalen (gemeint sind die christlichen Arbeiterabgeordneten) bei der Finanzreform das Volk verraten haben, muß gesagt werden, daß gegen solch Gejindel nicht scharf genug vorgegangen werden kann. ... Es gibt keine andere Organisation, wie die freie Gewerkschaft und wer nicht mit uns ist, der mag sich zum Teufel scheren. ... wir als Arbeiter haben uns kein Kopferbrechen zu machen darüber, wo der Staat die Steuern herholt. Das kann uns egal sein, mag der Staat Pleite machen, oder mag er sich das Geld bei den reichen Fabrikanten holen oder bei dem großartig bezahlten Reichsfiskus. ... Was kümmert es uns, wo der Staat seine Steuern herholt. Wenn er seine Beamten nicht bezahlen kann, dann mag er ihnen weniger geben. Was brauchen die Offiziere solch Geld, wenn sie nichts dafür tun wollen?“

Wenn ihnen das nicht paßt, mögen sie Stelne fassen. Alle Arbeiter, die nicht sozialdemokratisch organisiert sind, verdienen Beschäftigung und Prügeln."

Bum! Fertig! Warum wird dieser Mann nicht schleunigst zum Finanzminister gemacht? Doch die Sache hat einen sehr ernsten Hintergrund. Sie zeigt, in welcher gewissenlosen Weise von sogenannten Führern "Aufklärung" betrieben wird. Solche "Führer" und ihre Produkte wurden vor kurzem treffend wie folgt gekennzeichnet:

"Unglaubliche Arroganz und Wichtigkeit, Unwissenheit und Unwahrscheinlichkeit, die in der leichtfertigen Aufstellung von Behauptungen und knurrenden Verleumdungen, Verrohung und Entstellung von Tatsachen, Zurechtweisung der Arbeiter ihren Ausdruck finden."

Die dieses Urteil abgab, war die — sozialdemokratische "Metallarbeiterzeitung" (Nr. 8, 99). Allerdings richteten sich die Ausführungen nicht gegen die "Geisteshebel" im eigenen Lager, sondern sie sollten der Verdächtigung der christlichen Gewerkschaftsführer dienen. Die "Metallarbeiterzeitung" gab damals das Urteil ab ohne Beweise dafür zu erbringen, daß es zutrifft auf die Angegriffenen. Wenn wir ihr nun aus den eigenen Reihen ein Exemplar vorführen, auf das ihre Ausführungen mit seltener Genauigkeit paßt, wird sie gewiß nicht verfehlen, ihre damalige Ansicht zu korrigieren.

Ortsübliche Tagelöhne in Sachsen erhöht.

Im Laufe dieses Jahres sind die ortsüblichen Tagelöhne in allen Kreishauptmannschaften Sachsens ganz bedeutend erhöht worden. Trotzdem herrschen über die Bedeutung dieser Frage noch viel Unklarheiten. So heißt es bei der Gemeinde-Krankenversicherung § 6 Abs 2: "Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ob für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner". Hier kommen immerhin noch in Deutschland über eine Million Arbeitnehmer in Frage.

Der ortsübliche Tagelohn spielt bei der Krankenversicherung eine große Rolle; ebenso in der Unfallversicherung. Man vergleiche nur § 10, sowie Festsetzung der Hinterlassenen-Unterstützung. Von großer Bedeutung ist die Höhe der Sätze bei nahezu 5 Millionen Arbeitnehmern bei der Unfallversicherung. Im Arbeitsvertrag (Gewerbeordnung 121b) kommt es auch darauf an, daß der Satz den bestehenden Verhältnissen entspricht. Bei den Unterstützungen während der militärischen Friedensübungen bestimmt das Gesetz vom 10. Mai 1892: Die täglichen Unterstützungen sollen betragen 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes für die Ehefrauen, für die sonst Unterstützungsberechtigten 10 Proz., zusammen jedoch nicht mehr wie 60 Proz. Aus vorstehenden Angaben ist zu ersehen, daß es eine dringende Notwendigkeit war, die gegenwärtigen niedrigen Sätze zu erhöhen.

Die Notwendigkeit haben die christlichen Gewerkschaften Sachsens rechtzeitig erkannt und haben am 10. September 1909 entsprechende Eingaben durch den Bezirksleiter Max Hiemisch, Leipzig, an sämtliche Kreishauptmannschaften gemacht, sowie auch an das Königl. Ministerium des Innern. Die christlichen Gewerkschaften können sich dieses Erfolges freuen; die Arbeitnehmer Sachsens müssen erkennen, daß jedenfalls die christlichen Gewerkschaften alle berechtigten Forderungen mit großem Nachdruck vertreten.

Bezeichnend ist, daß bei dieser wichtigen Frage die sogenannten "freien", Hirsch-Dunderschen und gelben Gewerkschaften, wie auch die lat. Zweigabteilungen und nationalen Arbeitsausschüsse einfach verärgert haben. Es wäre nur zu wünschen, daß alle Vorurteile in allen Kreisen der Bevölkerung gegen die christlichen Gewerkschaften schwinden.

Daß man es doch verstände!

In Baden veranstalteten vor kurzem die christl. Fabrikarbeiter eine wichtige gewerkschaftliche Kundgebung. Das führende Blatt der Nationalliberalen Württemberg, der "Schwäbische Merkur", der schon wiederholt eine ganze für unsere Bewegung gebrauchte hat, läßt seinen Bericht über die Kundgebung in folgendem Stillschreiber ausklingen:

"Die christlichen Arbeiterorganisationen sind offenbar nicht mehr auf die Seite zu schieben, wie man in sozialdemokratischen und gewissen amtlichen Kreisen noch glauben mag. ... Daß man es doch auf liberaler Seite verstände, Fühlung mit diesen Kreisen zu gewinnen, statt sie widerstandslos dem Zentrum zu überlassen. Wo es fehlt, darüber ließen sich Bücher schreiben."

Zarwohl, daß man es auf liberaler Seite doch verstände, das ist auch unser aufrichtiger Wunsch. Wenn alle nationalgesinnten Kreise geschlossen und einmütig ständen für eine durch und durch wahrheitsgemäße und moralisch gesinnte Bewegung gegen eine revolutionäre umstürzlerische: wahrlich, es könnte eine Gesundung der Verhältnisse in recht nationalem Sinne erfolgen.

Wer man versteht es eben nicht und will es zum Teil nicht verstehen. Die einen nicht, weil sie in den christlichen Gewerkschaften mit Recht die erfolgreichsten Dränger des sozialen Fortschritts sehen,

haben nicht leicht begreifen können ist, die anderen, weil sie jegliche Bezeichnung, die auf eine christliche Weltanschauung hinweist, im Grunde ihrer Seele verabscheuen und die dritten, weil ihnen die konfessionelle und politische Scheuklappe den Blick für den wirklichen Stand der Dinge verschleiert. Und die Folge davon? Sie verbrauchen ihre Kraft entweder an einer ziemlich belanglosen, zukunftsarmen Bewegung, wie sie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften darstellen, oder sie stehen in geschlossenem Zuge mit den Sozialdemokraten gegen die nationalen Arbeiter. Seit langem wird in liberalen Kreisen intensiv und systematisch die Behauptung verbreitet: Die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die sozialdemokratischen. Kein Wunder, wenn dann die überwältigende Mehrheit der evangelischen Arbeiter der Sozialdemokratie anheimfallen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Kampf in der Hagen-Schwelmer Metallindustrie

Die Hoffnung mancher Arbeiter, daß es noch vor dem 15. Juni zur Beilegung der Differenzen in der hiesigen Metallindustrie kommen würde, hat sich nicht erfüllt. Nachdem bereits am 1. Juni der Rest der Former ausgesperrt war, erfolgte am 15. Juni die Aussperrung der ersten 50% sämtlicher Metallarbeiter, soweit sie auf Verbandswerken beschäftigt waren. Die übrigen Arbeiter wurden zum 1. Juli gekündigt, sodaß mit genanntem Zeitraum wohl die meisten Betriebe still liegen werden. In Betracht kommen 143 Betriebe, die 28-24000 Arbeiter beschäftigen.

Ueber die Ursachen der Bewegung haben wir bereits berichtet. Aus Veranlassung des Hagenener Stadtverordneten-Kollegiums hatte nun der Gewerbegerichtspräsident, Herr Landesgerichtsrat Hasfen an die Parteien die Anfrage gerichtet, ob sie evtl. zu Verhandlungen bereit seien. Sowohl der Arbeitgeberverein wie die Arbeiterorganisationen erklärten ihre Bereitwilligkeit.

Nach mehreren Verhandlungen kam eine Einigung zwischen der Firma Dickerhoff und ihren Formern zustande. Sollten die Arbeitgeber in dieser Frage einiges Entgegenkommen bewiesen, so war das gerade Gegenteil der Fall bei Beibehaltung des Zwangsarbeitens. Bekanntlich hatte der Arbeitgeberverein durch Bekanntmachung vom 25. Mai die Einführung des Zwangsarbeitens proklamiert. Hierdurch ist begreiflicher Weise die Erregung unter den Arbeitermassen aufs Höchste gestiegen. Die diesbezüglichen Verhandlungen verliefen erfolglos; die Unternehmer beharrten auf ihrem Plan. In der Verhandlung vom 11. Juni erklärte der Vorsitzende des Arbeitgebervereins Herr Guth, daß der A.-B. in seiner am 10. Juni stattgefundenen Generalversammlung beschloßen habe, von seiner beabsichtigten Maßnahme nicht Abstand nehmen zu können. Ebenso könne man den Arbeiterorganisationen kein Mitbestimmungsrecht in der Arbeitsnachweisfrage einräumen. Damit waren die Würfel gefallen, denn die Arbeiter lehnten es nunmehr ab, die übrigen Friedensbedingungen anzuerkennen.

Inzwischen gibt sich der Arbeitgeberverein die größte Mühe um sein Vorgehen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Vornehmlich wird nachzuweisen versucht, es handele sich bei Errichtung eines Arbeitsnachweises um eine höchst "sagenreich" wirkende Institution. In einem Flugblatt der Arbeitgeber heißt es u. a.:

"Dieser Arbeitsnachweis an sich, der in seinen sämtlichen Paragrafen in einer so loyalen, humanen und arbeiterfreundlichen Weise abgefaßt ist und auch gar nicht anders gehandhabt werden kann, soll in erster Linie dazu dienen, eine schnellere Verteilung der freien Arbeitskräfte und ihre Zuteilung zu den ihren Wünschen und Fähigkeiten gemäßen Stellen zu ermöglichen; in zweiter Linie den Arbeitern auf bequeme Weise Arbeit nachzuweisen, ihnen somit ein Hin- und Herlaufen von Stelle zu Stelle zu ersparen und drittens, es auch zu verhindern, daß die Arbeitgeber sich untereinander ihre Arbeiter in illoyaler Weise abspenstig machen."

Es dürfte doch tatsächlich noch kaum jemanden geben, auch keinen Arbeiter, der nicht bei gerechter Verteilung zugucken muß, daß dieser Arbeitsnachweis sich als eine einwandfreie Einrichtung erweisen hat, die auch von den früher widerstrebenden Arbeitern anstandslos und gern benutzt wird."

Es wäre zweifellos interessant zu erfahren, wo es Arbeiter gibt, die "gern" einen Arbeitsnachweis benutzen, der von den Arbeitgebern in einseitiger Weise geschaffen wurde, nur um, wie Dr. Flehtner-Stettin i. H. ausführte, die streikenden bzw. ausgesperrten Arbeiter besser kontrollieren zu können, sowie die Macht des Arbeitgebervereins zu stärken. Die Handhabung des Zwangsarbeitens nach dem Mannheim-Rudwigschafen hat allen Arbeitern die Augen geöffnet, welche glauben, der A.-B. der Unternehmer sei eine "loyale", "humane" Einrichtung.

Will der Arbeitgeberverein wirklich den Frieden fördern, wie er es immer betont, so beiseite man den Zwangsarbeitensnachweis und akzeptiere den Vorschlag des Oberbürgermeisters Kuno. Dieser Vorschlag ging dahin, dem allgemeinen städtischen Nachweis einen besonderen Sacharbeitsnachweis für Metallarbeiter anzugliedern. Leider zog der Ober-

bürgermeister seinen Vorschlag zurück und Herr Jakob, Sekretär des Arbeitgebervereins, erklärte später sogar, daß Herr Kuno einen Nachweis, wie der A.-B. einführen wolle, auch wünsche. Sei dem aber wie es will, die Arbeiterschaft wird den einseitigen Unternehmernachweisen den heftigsten Widerstand entgegen setzen. Erfolgreicher Weise stehen nun auch die Unorganisierten ein, wie notwendig der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ist. Möge das überall so sein. Denn nur, wenn der Arbeiter einen festen Rückhalt hat in seiner Organisation, wird er mit Erfolg den ungerechtfertigten Maßnahmen der Arbeitgeber entgegen treten können.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Bochum. In der Stahlformerei der "Westfälischen Stahlwerke" sind Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Ueber die Kernmachererei der Firma Soest u. Co., Reicholz ist die Sperre verhängt worden.

Sundern bei Arnberg i. W. Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streit.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streit.

Esslingen. Bei der Firma J. Duderstadt sind die Flaschner wegen Lohndifferenzen in den Streit getreten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat 50 Prozent sämtlicher Arbeiter ausgesperrt.

Essen. Ueber die Eisenhoch- und Brückenbau-A.-G. Union ist die Sperre verhängt worden.

Karlsruhe. In der Drahtstiftfabrik Rechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streit.

Danzig. Bei der Firma Ritscherger in Ohra bei Danzig sind wegen Verzögerung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Kettwig. Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießer und Maschinenfabrik, sind sämtliche Former wegen Akkorddifferenzen gemasperrt worden.

Olsberg. Die Former der Olsberger Hütte stehen wegen Lohndifferenzen im Streit.

Cöln-Deutz. Sämtliche Arbeiter der Firma Gebr. Sachsenberg, Schiffswerft, stehen im Streit wegen Lohndifferenzen.

Laufen (Oberbayern). Bei der Firma Rauchs Erben, Maschinenfabrik für Brauereierrichtungen haben die Kollegen wegen schlechter Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeit niedergelegt.

Dortmund-Lünen. Die Former der Firma Potthoff u. Klume stehen im Streit. Die Arbeiter der Lünener Hütte, Lünener Eisengießerei und der Hütte "Westfalia" sind ausgesperrt.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klänsch (Hofstempel), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Bezug von Klumpnern, Metallbrüchern und Schleifern ist fernzuhalten.

Remscheid. Sämtliche Maschinenbauer und Hilfsarbeiter der Remscheider Feilenindustrie haben (mit Ausnahme einzelner Firmen) am 18. d. Mts. die Kündigung eingereicht.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsbericht

des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 1. Januar 1910 ist nunmehr als Rechenschaftsbericht des Vorstandes zur 6. Generalversammlung am 3., 4. und 5. Juli ds. Jrs. in Duisburg erschienen. Der inhaltreiche Bericht umfaßt 275 Seiten und gibt in textlichen Abhandlungen und statistischen wie graphischen Darstellungen eine übersichtliche Bild der Wirksamkeit und Einrichtungen unserer Organisation. Aus dem Inhalt seien hier nur folgende Kapitel hervorgehoben:

Einleitung.

Zehn Jahre Verbandstätigkeit. Die wirtschaftliche Lage in der Metallindustrie. Gewinne der Werke. Lohnverhältnisse in der Metallindustrie. Syndikate und Kartelle. Der Kampf der reinen und gemischten Werke. Arbeitgeberverbände. Arbeitsnachweise. Gelbe Werksvereine.

Ortsverwaltungen; Beitragsweise und Mitgliederbewegung. Beitragsweisen. Mitgliederbewegung. Aufnahmen in den einzelnen Bezirken. Mitgliederzahl nach Berufen gegliedert. Lebensalter der Mitglieder. Mitgliederzahl. Fluktuation und Austritte. Zahl der Austritte nach

Berufen zusammengestellt. Gezahlte Unterstützung an die Ausgeschiedenen.

Unterstützung durch die Krankenunterstützung. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach Berufen gegliedert im Jahre 1908. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach Berufen im Jahre 1909. Dauer der Krankheit nach Wochen 1908. Art der Krankheit im Jahre 1908. Art der Krankheit im Jahre 1909. Mitgliedschaftsbauer der Erkrankten. Alter der Erkrankten nach Berufen. Die Erkrankungen nach Berufen in den Jahren 1908, 1909 graphisch zusammengestellt. Prozentanteil der Altersklassen an den Erkrankungen.

Arbeitslosenunterstützung. Vergleichende Uebersicht der Arbeitslosenunterstützung der Jahre 1907, 1908, 1909. Die Arbeitslosigkeit nach Berufen. Dauer der Arbeitslosigkeit. Mitgliedschaftsbauer der Arbeitslosen. Alter der Arbeitslosen.

Streiks und Bohnebewegungen. Strafberichte.

Lehrwesen. Zur Tarifbewegung im Hanauer Bezirk.

Schlichtungsordnung für den Bereich des Verbandes Bahertlicher Metallindustrieeller.

Arbeiterschuh.

Pensionsklassenwesen.

Rechtsschutz und Prozeßwesen.

Internationale Verbindungen.

Agitation und Versammlungswesen.

Sausagitation. Vertrauensmänner. Bezirke und Bezirksbeamte.

Verbandsorgan.

Verwaltung, Korrespondenz und Mel-

dewesen. Arbeitslosen- und Krankenmeldewesen.

Abrechnungen und Kassenwesen. Abrechnung der

Hauptkasse vom Jahre 1908. Abrechnung der Haupt-

kasse vom Jahre 1909. Abrechnung der Lokalkassen

vom Jahre 1908. Abrechnung der Lokalkassen vom

Jahre 1909.

Schlussbemerkungen.

Bezirksberichte.

Wegen des überaus wichtigen Inhalt muß der

Geschäftsbericht in die Hände eines jeden einzelnen

Kollegen gelangen. Der Preis beträgt für Nicht-

mitglieder 2 Mk., für unsere Verbandskollegen jedoch

nur 50 Pfg., wobei auch jedes einzelne Mitglied

in der Lage ist, sich den Bericht anzuschaffen. Die

Ortsgruppenvorstände müssen den Vertrieb systema-

tisch organisieren. Bestellungen sind möglichst bald

an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Da die Beiträge immer für die kommende

Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonnt-

ag, 26. Juni 1910 der sechszwanzigste Wochen-

beitrag für die Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli fällig.

Die Ortsgruppe Bant i. W. erhält die Ge-

nehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 5

Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages

hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Ortsgruppe Bremen erhält hiermit die Ge-

nehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Extra-

beitrages von 10 Pfg. vom 1. Juli b. J. an. Die

Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung

statutarischer Rechte zur Folge. — Ferner hat die Orts-

gruppe Bremen beschlossen, vom 19. Juni ab außerdem

bis auf weiteres einen wöchentlichen Extrabeitrag von

15 Pfg. zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen

zu erheben.

Zur Arbeitslosen-Zählung. Der dritte Schildtag für

die Arbeitslorenzählung im 2. Vierteljahr 1910 ist vom

Kaiserlich-Statistischen Amt auf Samstag den 2. Juli

festgesetzt. Die Ortsgruppenleitungen mögen das beachten.

Die Ortsgruppenleitungen werden ersucht, die

noch ausstehenden Sammelgelder wie sämtliche Sam-

melpläne für die ausgesperrten Bauarbeiter an die

Generale einzubringen, damit die Schluß-Abrechnung

mit dem Generalsekretariat erfolgen kann.

Zur Beachtung für wandernde und ar-

beitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit

suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der ört-

lichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die

einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freige-

stellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Mel-

dung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen.

In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle

unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zustän-

digen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche

gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle

am Ort wechseln.

Aus dem Verhandlungsgebiet.

Hamm i. W. Die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hamm können es aufeinander nicht erwidern, daß der christliche Verband hier das Übergewicht hat. Jede Veröffentlichung unterwirft, wo sie an dem

ihnen unerträgliche Situation erinnert werden, fällt ihnen auf die Nerven. Das ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß all die jenen Agitationsmittel, Reichsfinanzreform, Wahlrechtsrummel in Hamm verjagt haben.

Im Jahre 1908 gelang es uns, die Krankenkasse der Westf. Drahtindustrie von Grund auf zu reformieren. Das Krankengeld wurde erhöht um durchschnittlich 75 Pfg. pro Tag; die Zahl der Ärzte wurde von 1 auf 3 festgesetzt, freie ärztliche Behandlung für Familienangehörige eingeführt usw. Mit Recht schreiben wir damals, daß diese großen Erfolge dem christlichen Metallarbeiterverband zu verdanken seien. In Nr. 23 der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ behauptet man nun, nicht wir hätten die Verbesserungen durchgeführt, sondern der Gewerbeinspektor, veranlaßt durch die Sozialdemokraten; wir seien Schwindler usw. Sehen wir mal zu, auf welcher Seite die Schwindler stehen. In dem Bericht des Gewerbeinspektors heißt es:

„Ein in einem Drahtprobzug vorgekommener schwerer Unfall gab der Arbeiterpresse Veranlassung, auf den mangelhaften Samariterdienst des großen Wertes hinzuweisen. Der Gewerbeinspektor nahm sich der Sache an und erreichte, daß zu dem einen Wundarzt noch zwei neue hinzu kamen, daß der bislang nur zeitweise anwesende Heilgehilfe ununterbrochen in Bereitschaft steht und daß bei den einzelnen Meistern Verbandstationen errichtet werden.“

Daß die Reform der betreffenden Kasse das ureigenste Werk der christlichen Metallarbeiterverband organisieren Vertreter ist, wissen wir in Hamm jedes Kind. Auch der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes, der als einziger sozialdemokratischer Vertreter zwischen circa 40 christlichen Vertretern sein Dasein fristet, weiß dieses. Er war in den Generalversammlungen, wo die betreffenden Beschlüsse gefaßt wurden, zugegen, wenn auch immer nur als Zuhörer. Gesagt hat er nie etwas, das überließ man den christlichen Vertretern. Wozu auch, es war ja viel bequemer und ungefährlicher, in der sozialdemokratischen Presse zu kritisieren.

Was den Bericht des Gewerbeinspektors anbelangt, so ist dazu folgendes zu sagen: Wenn der Gewerbeinspektor die Westf. Drahtindustrie gemeint hat, wie von der „Metallarbeiter-Zeitung“ behauptet wird, so entspricht der Bericht nicht der Wahrheit. Tatsache ist folgendes: Am 14. Juli 1907 stellten die christlichen Vertreter den Antrag auf Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienangehörigen, sowie auf Anstellung weiterer Ärzte. Also bald ein volles Jahr früher, wie der Unfall passierte, worauf sich der Bericht des Gewerbeinspektors beziehen soll. Wenn die Anträge erst im folgenden Jahre verwirklicht wurden, so lag das in der Hauptsache daran, daß mit den Ärzten keine Einigung erzielt werden konnte.

Das alles weiß der sozialdemokratische Vertreter, muß es wenigstens wissen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe selbst hat die Tatsachen bestätigt. Als nämlich seiner Zeit unsere „Freunde“ von der roten Seite in der Vorzimmer-„Arbeiter-Zeitung“ den Gewerbeinspektor als den Reformator der Krankenkasse hinstellten, fragte in der nächsten Generalversammlung ein christlicher Vertreter an, ob der Vorstand der Krankenkasse oder der Gewerbeinspektor die Sache veranlaßt habe. Der Vorsitzende erklärte, daß der Gewerbeinspektor hieran völlig unschuldig sei. Auch in dieser Versammlung war der sozialdemokratische Vertreter anwesend. Und trotzdem kommt man jetzt nach Jahresfrist und liest in der „Metallarbeiter-Zeitung“ das Märchen von neuem auf. Da weiß man tatsächlich nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Genügsamkeit der Leser der „Metallarbeiter-Zeitung“, die sich diesen alten Kohl immer wieder vorsetzen lassen, oder über die Fähigkeit, mit der man hier die Wahrheit auf den Kopf stellt.

Daß der Gewerbeinspektor dann veranlaßt habe, daß der Heilgehilfe jetzt ununterbrochen in Bereitschaft steht, ist ebenso unrichtig. Beweis: Der Heilgehilfe war, noch lange nach dem Erscheinen des Berichtes der Gewerbeinspektion immer nur zeitweise auf dem Werke. Erst auf einen Antrag unsererseits wurde ein Vorstandsbeschluss herbeigeführt, der die ununterbrochene Anwesenheit des Heilgehilfen veranlaßte.

Die Verbandstationen bei den einzelnen Meistern sind heute noch nicht errichtet, trotzdem der Gewerbeinspektor gemäß der „Metallarbeiter-Zeitung“ die Errichtung schon 1908 erreicht haben soll. Also jeder blamiert sich so gut er kann. Hier liegen nur zwei Möglichkeiten vor. Entweder der sozialdemokratische Vertreter hat in jeder Sitzung geschlafen, was wohl nicht genau festzustellen ist, weil er nie ein Lebenszeichen von sich gab, oder hier wird absichtlich die Unwahrheit gesagt.

Wenn man dann noch herkommt nach der bekannten Manier „haltet den Dieb“ und wirft uns vor, wir sämüden uns mit fremden Federn, so ist das eine widerliche Geweifei, hervorgehoben aus Haß gegen die bösen Christlichen und aus Wut, daß die Metallarbeiter von Hamm dem sozialistischen Zukunftsstaat absolut keinen Geschnack abgewinnen können. Offentlich nimmt jetzt der sozialdemokratische Vertreter das Wort und erklärt uns die Beweggründe der falschen Darstellung in der sozialdemokratischen Presse.

Die weiteren Anpassungen der Metallarbeiterzeitung auf unsere Mitgliedszahlen und unser Kassengebühren lassen uns unberührt; was wir geschrieben, ist wahr. Ein Eingehen auf diese Kritik ist wegen der bei den Sozialdemokraten herrschenden „Parteimoral“ nutzlos. Um ihnen aber das Nachrechnen zu ersparen, sind wir bereit, ihnen Einblick in unsere Abrechnungen zu gewähren unter der Bedingung, daß sie ihre Abrechnungen auch vorlegen. Wer nämlich an den Handlungen anderer Fälschungen mitwirkt, erweist damit den Einbruch, daß er selbst nicht sauber ist. Man sucht bestmöglichst niemanden hinter der Bude, wenn man nicht selber dahinter gelegen hat. Im übrigen sei den „Genossen“ mitgeteilt — eigentlich sollten wir es nicht tun, es wird wieder einen Wutausfall auslösen, der sich in einem Bandwurm äußert und das kann bei der jetzigen Tropenhitze gefährlich werden. — daß die Verwaltungsstelle Hamm (Westf.) das erste Quartal mit 973 zahlenden Mitgliedern abgeschlossen hat. Die Zahl der Reueannahmen im 2. Quartal beträgt bis heute 175. Sollte dieses auch bezweifelt werden, komme man ruhig zu unserer Geschäftsstelle, wir werden dann zum Ueberflus noch die Aufnahmezettel vorlegen.

Daß diese Entwicklung auch in Zukunft anhält und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Hamm niemals

trop Reichsfinanzreform und Wahlrechtsrummel und der Sozialbewegung zwingem ill, wie die Sozialdemokraten geschmackvoll die Erhöhung der Zivilliste S. M. des Königs bezieldnen.

Unwillkürlich wird sich aber der unbefangene Leser fragen, warum sind denn die Genossen in Hamm deartig gehässig? Der Grund ist folgender: Am 1. Januar 1908 stellte der deutsche Metallarbeiterverband einen Lokalkassen an. An Mitglieder waren vorhanden in Hamm 100 Mitglieder, eingemeindet aus den benachbarten Orten wurden circa 183, also Gesamtzahl 283. Am Schlusse des Jahres 1909 waren noch vorhanden 258, also Verlust 25. Das ist schmerzlich, noch schmerzlicher aber der finanzielle Erfolg. In den zwei Jahren hat die sozialdemokratische Verwaltungsstelle nicht nur keinen Pfennig an die Hauptkasse in Stuttgart geschickt, sondern dieselbe noch um 1700 Mark erleichtert. Wir steigerten im Bereich der sozialdemokratischen Verwaltungsstelle in derselben Zeit unsere Mitgliederzahl um 284, und unserer Hauptkasse überwiesen wir den Betrag von 30906 Mark. Im 1. Quartal 1910 steigerte sich unsere Mitgliederzahl um 156 und unserer Hauptkasse konnten wir die Summe von 5555 Mark überweisen.

Diese Tatsachen sind wirklich geeignet die Sozialdemokraten in Harnisch zu bringen. Wie können es diese „Christen“ auch wagen, an einem Orte wie Hamm stärker zu sein als die völkerebefreienden Sozialdemokraten im Reich des Großkloß; das ist schändlich und man kann und kann, wie man die Christen töten könnte. Da fand man in den roten Annalen das bekannte Unversaltheilmittel zur Ausrottung der „Christen“: Man muß die Massen strecken und den Führer vor den Bauch treten“. Nun ihr roten Herren, nur nach diesem Rezept gearbeitet, bedenkt aber, der Krug geht nur so lange zu Wasser bis er bricht.

Frankenthal. Der Artikel in Nr. 15 unseres Organs aus Frankenthal hat bei den hiesigen Genossen einen wahren Sturm der Entrüstung ausgelöst. Es vergeht kaum eine Woche, daß nicht einige Artikel in der „Pfälzischen Post“ mit wahren Wutausbrüchen auf die bösen Christlichen in Frankenthal erschienen. Es wäre dieser Gesellschaft zu viel Ehre angetan, wollte man all die Anrempelungen und Verdächtigungen näher auf ihren Wert untersuchen; auch hat dieses bei Leuten mit Moralgrundlagen nach Mauthsch gar keinen Wert. Nur auf die klobigsten Sägen möchten wir etwas näher eingehen, um zu zeigen, daß unsere hiesigen Metallgenossen sich auch gut auf das Mogseln verstehen.

In einem Artikel der „Pfälz. Post“, überschrieben: „Du sollst kein falsches Zeugnis reden“, wird die hiesige Ortsgruppe unseres Verbandes als ein unbedeutendes Gebilde bezeichnet, „so unbedeutend, daß kein Mensch von ihrer Existenz eine Ahnung hätte, wenn nicht von Zeit zu Zeit ein Wankelhüt oder eine Effrontierte Versammlung an das überflüssige Dasein dieser Organisation erinnerte. Der Artikelschreiber kommt dann auf den Artikel in Nr. 15 unseres Organs, sowie auf die von Fischer und Thelen verbreiteten Flugblätter. Während nun das von Thelen verbreitete Flugblatt ohne Gnade verdammt wird, wird es dem von Fischer verbreiteten Flugblatt als besonderes Verdienst angerechnet, daß es dazu geschrieben sei, um den „schwarzen Maulbeeren“ einmal die Wahrheit zu sagen. Ob ihm dieses gelungen ist, verrät der Artikelschreiber nicht, jedenfalls zweifelt er selber daran.

Es ist garnicht wahr, daß J. uns in seinem Flugblatt die Wahrheit sagt, sondern wahr ist vielmehr, daß er die Wahrheit mit dreifacher Stun auf den Kopf gestellt hat. Nachweislich unwahr ist z. B.:

1. Daß der „Deutsche Metallarbeiter“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint. 2. Daß die christlichen Gewerkschaften die Zersplitterung in die Arbeiterbewegung getragen haben. 3. Daß vor 1906 in hiesigen Betrieben noch keine Arbeiterauschüsse bestanden. 4. Daß in unserem Artikel von der Bewegung bei der Firma Klein, Schanzlin & Becker Ende 1908 und Anfang 1909, sondern von einer solchen im April 1906 die Rede ist. 5. Daß wir den bei der Firma Albert & Cie. 1907 zustande gekommenen Tarif bekämpft haben und jetzt nach einem solchen schreiben. 6. Wenn J. in seinem Flugblatt behauptet, daß die Christlichen über von ihm in Versammlungen gemachte Äußerungen der Direktion Bericht erstattet haben. Wir erklären jeden, der dieses behauptet, als einen gemeinen Lügner, bis er den Wahrheitsbeweis hierfür erbringt. Ferner ist es nicht wahr, daß die gegen J. kursierende Verdächtigung, er hätte sich bestechen lassen, von christlichen Kollegen ausgegangen sei; das glaubt J. wohl selbst nicht, da er weiß, von wem das Gerücht herkommt.

Wenn der Artikelschreiber der „Pfälz. Post“ vom 1. Juni meint, daß das Flugblatt des Herrn Fischer über die Bewegung bei Albert & Cie. Klarheit geschaffen hat, so lachen darüber selbst die „Genossen“. Wenn bezügl. des Generaltreits in Schweden gesagt wird, Herr Thelen hätte lieber Streikbrecher hingeschickt wie Unterstützung, so möchte ich dem Artikelschreiber raten, mit solchen Verdächtigungen recht vorsichtig zu sein, sonst kriegt er auf die Finger geklopft. Ist es ihm nicht mehr in Erinnerung, daß Herr Fischer in einer Versammlung im Reifferschen Saale mit Debauern feststellte, daß zwei Kollegen von Frankenthal in Schweden den Streikbrecher machten? Das waren doch keine christlichen Kollegen, sondern rote Streikbrecher.

In Nr. 131 der „Pfälz. Post“ befindet sich ein weiterer Artikel mit der Überschrift: „Christliche Unverschämtheit“. Auf diesen Schimpfartikel weiter einzugehen, wäre Zeitverschwendung, denn außer einer Reihe von Verdächtigungen und Beschimpfungen enthält er die Witterung an die Getreuen der „Pfälz. Post“, daß unser Zentralvorsitzender wieder dem hl. Vater den Peterpfennig der kath. Arbeitervereine nach Rom mitüberbrachte. Dies will dem Artikelschreiber garnicht gefallen. Daß unsere Sekretäre sich von den Genossen beschimpfen lassen, ohne Plage anzutragen, das dürfte doch dem Artikelschreiber nicht so unbegreiflich erscheinen, da er doch weiß, daß die Preis-Genossen „preuklich eingerichtet“ sind und der Preis meist auch noch die Kosten zu zahlen hat.

Der beste Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften keine so unbedeutenden Gebilde sind, liegt darin, daß unsere Gegner die schäbigsten Mittel anwenden, um unsere Organisationen zu vernichten. Wenn wir trotzdem in unserer Bewegung Fortschritte zu verzeichnen haben, so muß das auch die Frankenthaler Kollegen anerkennen, immer mehr für unsere Bewegung zu agitieren, ob es den Herrn mit der

roten Krawatte gefällt oder nicht. Auf das Wohlwollen dieser Herren dürfen wir nie rechnen, darum muß unser Schlußsatz lauten: Jeder stelle seinen Mann, vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Duisburg. Weiderrich Auf dem Rheinischen Stahlwerk steht ein rigoroses Straffsystem in der höchsten Blüte. Besonders unerträglich ist dieser Uebelstand im Feinwalzbetrieb geworden. Kürzlich hing am schwarzen Brett folgender Anschlag: „Bekanntmachung. B. . . . wird wegen Faulheit mit einer halben Schicht bestraft.“

Was hatte der bestrafte Arbeiter nun wirklich gefehlt? Der Mann arbeitet am Rollen in einer geradezu tropischen Hitze. In dem betr. Tage war es zudem unerträglich heiß, so daß die Temperatur im Betrieb kaum zum aushalten war. Da war es dem Arbeiter passiert, daß ein Block nicht stark genug erhitzt war und von der Walze retour gebracht werden mußte. Für diese „Mortitat“, die dem besten und fleißigsten Arbeiter einmal passieren kann, wurde sofort die hohe Strafe von einer halben Schicht und der entsetzende Titel „Faulenzer“ verhängt. Das mußte in diesem Falle um so härter und ungerechter empfunden werden, da der Bestrafte sonst allgemein — selbst nach dem Zeugnis von Vorgesetzten — als fleißiger Arbeiter bekannt ist. Welche Erbitterung und Unzufriedenheit muß eine solche Behandlung bei den Arbeitern hervorgerufen? Dadurch muß die Arbeitsfreude und das Verantwortungsgefühl ertötet werden und somit auch den Unternehmern selbst zum Schaden gereichen.

Die Arbeiter des Rheinischen Stahlwerks müssen sich diese unwürdige Behandlung ruhig gefallen lassen, weil sie zum allergrößten Teil unorganisiert und deshalb auch vollständig wehrlos sind. Mit solchen Arbeitern können sich mitwirklich veranlagte Vorgesetzte eben alles erlauben, weil sie keinen ernstlichen Widerstand zu befürchten haben. Wann werden die Metallarbeiter in den großen Werken endlich einmal zur Erkenntnis kommen, daß sie nur in der Organisation und durch dieselbe ihre Rechte und Menschenwürde wirksam verteidigen können?

Wülthausen (Elsäß). (Sozialdemokratische Agitationsmethoden.) Der Kampf der Genossen gegen die christlichen Gewerkschaften hier am Plage hat in letzter Zeit wieder Formen angenommen, die die Kritik geradezu herausfordern. Man glaubt sich manchmal wirklich in die Zeit des Faustrechts zurückversetzt. Einige der jüngsten Agitationsblätter seien kurz geschildert.

Grundstück ist es der Auffchwung, den erfreulicherweise die hiesige Ortsgruppe des christl. Bauhandwerkerverbandes während der Ausperrung genommen hat, der gewissen sozialdemokratischen Größen schwer im Magen liegt. Kein Mittel wurde selbst während des gemeinsamen gefährten Kampfes unversucht gelassen, um gegen genannten Vorstand und dessen Stellung zu verfahren. Nicht offen in den Versammlungen, dazu ist man anscheinend zu feige, wohl aber hinterläßt, im versteckten. Nach der Richtung hat sich auch besonders der Beamte des sozialdemokratischen Maurerverbandes hervorgetan. Hierüber wird nach Beendigung der Ausperrung noch ein Wörtchen zu reden sein.

Den Reiz in der Anwendung „geistiger“ Waffen im Gewerkschaftskampf hat aber unstrittig der Vönmord und Gauleiter des deutschen Textilarbeiterverbandes, Genosse Weinzorn, erreicht, wie folgender Vorfall zeigt: Ein christlich organisierter Bauhandwerker überbrachte Montag früh der Zeitung des christl. Textilarbeiterverbandes die Meldung, daß die Paderinnen der Firma Rivotre & Carret in Streit ständen. Da auch vier sozialdemokratisch organisierte Paderinnen beteiligt waren, wollte der betr. Arbeiter — ohne hierzu im geringsten verpflichtet zu sein — auch die sozialdem. Verbandsleitung in Kenntnis setzen. Das Bureau war indessen noch nicht geöffnet. Als Mitglied der Streikkommission des christl. Bauhandwerkerverbandes begab sich nun der Arbeiter gegen 4 Uhr nachmittags ins sozialdem. Streiklokal (Wirtschaft Weinzorn), um einen ihm gewordenen Auftrag zu erledigen. Dort angelangt, wurde der Arbeiter gleich angerempelt und erhielt vom Genossen Weinzorn mit der Faust einen Schlag ins Gesicht. Natürlich setzte sich der Arbeiter zur Wehr. Daraufhin fiel die ganze Meute über ihn her und brachte ihm erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Körper bei. Und dies alles aus Wut darüber, daß dieser Kollege die christl. Verbandsleitung rechtzeitig von dem erwähnten Streit benachrichtigt hat und deshalb die Genossen zu spät erschienen.

Das war des traurigen Schauspiels erster Akt. Der zweite spielte sich abends ab. Um 5 Uhr versammelten sich die streikenden Arbeiterinnen der Firma Rivotre & Carret in der Wirtschaft Burgert (gegenüber der Fabrik). Schon vor 5 Uhr versuchten die Genossen Weinzorn und Hell die Arbeiterinnen, die sich bereits den christlichen Gewerkschaften angeschlossen hatten, zu bearbeiten. Ersterer bezahlte denselben eine Runde Bier. Die christl. Gewerkschaftsführer wurden als Schwindler und Lügner bezeichnet. Genosse Weinzorn meinte, er lüge nicht, ihm würden die Finger zuden, wenn er lügen würde! Er sei auch gut christlich, er habe heute, schon drei heiligen Messen beigewohnt. In diesem Ton spricht dieser mit der Erziehung der Massen betraute Arbeiter„führer“ zu Arbeiterinnen! Natürlich suchte man letztere auch zu bewegen, nicht den christlichen, sondern den sozialdemokratischen Gewerkschaften beizutreten. Indes — die Bemühungen der beiden Genossen waren vergebens.

Um 8 Uhr sollte eine allgemeine Fabrikversammlung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes — aber nur für diese — stattfinden. Einberufen war dieselbe von den christlichen Gewerkschaften. Schon vor 6 Uhr hatte sich wieder eine Anzahl Genossen eingefunden, u. a. auch Genosse Hell. Da dieselben zum Teil nicht bei Rivotre & Carret beschäftigt waren, wurde ihnen der Eintritt verweigert. Dieselben drangen aber — Genosse Hell an der Spitze — widerrechtlich in das Lokal ein. Nachdem sie eine Anzahl Gewerkschaftsmitglieder bestimmt hatten, suchten sie nun ihrerseits die christlichen Gewerkschaftsführer zum Lokal hinauszutreiben. Da das Lokal aber für den betreffenden Abend zur Verfügung gestellt war, weigerten sie sich selbstverständlich, hinauszugehen. Bei dem hierbei entstehenden Wortwechsel wurde Herr Fischer von dem Genossen Hell in der gemeinsten Weise beschimpft. Wir haben seitdem einen Arbeiter, geschweige denn einen Gewerkschaftsführer gesehen, der sich so unangelegentlich

hast benahm. Herr Fischer jedoch nun die anständigen Elemente auf, das Lokal zu verlassen. In diesem Moment suchte sich ein wahrscheinlich angetrunkenen Genosse auf Fischer zu stürzen, wurde aber, bevor er seine Absicht ausführen konnte, angehalten. Um weiteren Skandal zu verhüten, verließen schließlich die Führer der christlichen Gewerkschaften das Lokal.

Die hiesigen führenden Genossen haben ihren früheren Selbsttaten ein weiteres Ruhmesblatt beigelegt. Nur so weiter, und kann's recht sein. Um so eher erkennt der ruhige, vernünftige Teil der Arbeiterschaft, wo sein Platz ist, nämlich in den christlichen Gewerkschaften. Das geistige Rüstzeug der Genossen hat bis jetzt im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften versagt. Nun versucht man's mit Gewalt. Und damit werden die Genossen Flucht machen.

Menden. In unserem sonst so stillen Städtchen ist es in den letzten Wochen in gewerkschaftlicher Beziehung ziemlich lebendig geworden. Man merkt allmählich auch in den Kreisen, welche früher dem Gewerkschaftsgedanken durchaus gleichgültig, teilweise sogar abgeneigt gegenüberstanden, wohin die Reise geht. Dafür sorgen gewisse Kreise im Unternehmerlager. Jahrelang ließ sich die hiesige Arbeiterchaft Lohnabzüge und andere Verschlechterungen der Bedingungen stillschweigend gefallen. Höchstens wurde bei solchen Anlässen die Faust in der Tasche geballt, oder hin und wieder am Bierisch recht kräftig räsonniert. Zu einer tatkräftigen energischen Wehr ließ sich aufzuraffen; dazu war bisher der größte Teil der hiesigen Arbeiter nicht fähig. Freilich fehlten ja auch die Grundbedingungen hierfür — gute Organisationsverhältnisse. Erfreulicher Weise können wir konstatieren, daß es hierin in den letzten Wochen erheblich besser wurde.

Diese Tatsache scheint einigen hiesigen Unternehmern nicht sonderlich zu behagen. Böse Jungen wollen wissen, daß der Kriegsplan gegen die Arbeiter und deren Organisation schon zurecht gelegt sei. Ob damit auch das Vorgehen der Firma Theodor Klusendick zusammenhängt, entzieht sich unserer Kenntnis. Diese Firma kündigte vor drei Wochen eine zum Teil erhebliche Herabsetzung der Arbeitspreise an. Die davon betroffenen Arbeiter wandten sich hierauf an ihre Organisation. Die angelegte Betriebsversammlung beauftragte die Zeitung unseres Verbandes mit der Firma zwecks Zurücknahme der Abzüge in Verhandlungen anzubahnen. Was auch geschah. Diese Verhandlungen zeltigten das Resultat, daß in der Frage der Abzüge durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Einigung erzielt wurde, ebenso wurden die bereits ausgesprochenen Kündigungen wieder zurückgenommen.

Zwei Tage darauf aber warf Herr Klusendick die ganzen Abmachungen über den Haufen und glaubte mit der größten „Schneid“ vorgehen zu müssen. Indem er noch weiteren fünf Arbeitern kündigte. Ob das gegen „Treu und Glauben“ verstoßende Vorgehen des Herrn Klusendick auf seine am Abend vorher stattgefundenen Zusammenkunft mit verschiedenen Arbeitgeber zurückzuführen ist, wissen wir nicht. Wir können uns aber des Eindruckes nicht erwehren, daß Herr Klusendick bei der ganzen Sache mehr oder weniger der Geschobene ist. In dieser Stelle auf diese Angelegenheit näher einzugehen, versagen wir uns. Hierüber soll in der demnächst in Menden stattfindenden großen Betriebsversammlung ausführlich berichtet werden. In die gesamte Arbeiterschaft richten wir jetzt schon das Ersuchen, dafür zu sorgen, durch Massenbesuch diese Versammlung zu einer imposanten Kundgebung für unsere Arbeiterfrage zu gestalten.

Chemnitz. Eine vom christlichen Metallarbeiterverband am 21. Mai einberufene Versammlung hat im Lager der Gegner eine große Erregung hervorgerufen. Die verteilten Einladungen in Form eines Flugblattes hatten es den Sozialdemokraten angefallen. Vom „freien“ (sozialdemokratischen) Verband wurde sofort ein Gegenflugblatt herausgegeben, das voller Schmähungen und Verleumdungen war. Unsere Zahl als Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes ist gewiß noch nicht groß, aber es ist bezeichnend, daß die „Genossen“ jetzt schon einen solchen Respekt vor uns haben und derartige Anstrengungen machen, uns wegzufegen. Mit ihren Heereien und Schimpereien wird ihnen dieser verwerfliche Plan am allerletzten gelingen, das mögen sie sich gesagt sein lassen.

Daß die H.-D. als Nachbeter und geistesverwandte Schildeknappen der Sozialdemokraten in die Heze gegen die Christlichen einstimmen, kann uns furchtbar kalt lassen. Der Versuch im H.-D. „Regulator“, unsern Verband mit politischen Erörtern in Sachen zu verquiden, muß als völlig haltlos zurückgewiesen werden. Im übrigen ist das Geschreibsel im H.-D. Verbandsorgan keine Silbe der Erwiderung wert.

Mögen die Gegner schimpfen und lästern, wir werden an dem als richtig erkannten Ziel festhalten, mit allen Kräften am Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes weiterarbeiten und uns hierbei von keiner Seite im geringsten beirren lassen.

Soziale Rechtspredung.

Hat die Polizei das Recht, in Mitgliederversammlungen einzudringen und sie aufzulösen.

In die nur von Mitgliedern besuchte Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Pleischen drang zweimal die Pleischer Polizei, das zweite Mal unter Anwendung von Werten, womit die Türen ausgehoben wurden, und forderte die Versammlung zum Auseinandergehen auf. Da man dieser Aufforderung keine Folge leistete, erhielten kanonikus Adamski (Bojen), Propst Niestorowski (Pleischen) und etwa 50 Mitglieder Strafmandate. Auf beantragte gerichtliche Entscheidung bestätigte das Schöffengericht in Pleischen die Polizeistrafen. Die dagegen eingelegte Revision bei der Strafkammer in Ostrowo hatte Erfolg und sämtliche Angeeschuldigten wurden unter dem 3. Februar ds. Jrs. freigesprochen. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein; die unter dem 16. April vom Oberlandesgericht in Posen aber verworfen wurde. Aus dem Urteil sei folgendes angeführt:

„Die Polizei habe gegenwärtig das Recht, ihre Vertreter nur in öffentliche Versammlungen zu entsenden und nur solche Versammlungen aufzulösen. Wenn der überwachende Polizeibeamte eine öffentliche Versammlung auflöst, d. h. eine solche, auf welcher zu erscheinen kraft seines Amtes er berechtigt ist, dann müssen die Versammelten auseinandergehen, auch wenn die Auflösung widerrechtlich erfolgt sein sollte. Etwas anderes ist es mit geschlossenen Versammlungen. Auf solchen zu erscheinen habe die Polizei kein Recht und der obige Grundsatz könne hier nicht angewandt werden. Das heißt: eine geschlossene Versammlung darf von der Polizei überhaupt nicht aufgelöst werden. Ist dies aber so, so brauchen die Versammelten der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge zu leisten. Die Angeeschuldigten seien demnach von Schuld und Strafe frezusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen.“

Das Vorgehen der Polizei in diesem Falle ist einfach ein Skandal; mit Werten in die Versammlungen einzudringen, die Türen auszuheben und die Versammlung einjauch auseinanderzureißen ist eine Handlung, die man von gestitteten Menschen überhaupt nicht erwarten sollte, geschweige von behördlichen Organen, die als Wächter des Rechts und der Ordnung bestellt sind. Man sollte die Kerle wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung verklagen. Ueberdies liegt die Rechtslage hier so klar zutage, daß uns die Urteilsfällung des Schöffengerichts und das Vorgehen der Ostrowoer Staatsanwaltschaft einfach unverständlich erscheint. In den §§ 6—14 des Vereinsgesetzes ist klar ausgesprochen, daß die Polizei nur das Recht hat, in öffentlichen politischen Versammlungen zu erscheinen und sie unter bestimmten Voraussetzungen aufzulösen.

Aber leider ist es ja heute so, daß sich manche behördliche Organe volles Verständnis der gesetzlichen Bestimmungen nicht vorzumerken brauchen oder doch überall hineinschlüpfen möchten, wo sich nur eben ein Hintertürchen, ein kleiner Schlupf läßt.

Ist der Unternehmer verpflichtet, neu einzustellenden Arbeitern, die Tatsache eines Streiks mitzuteilen?

Im Gegensatz zu der Entscheidung einiger anderer Gewerbegerichte hat das Gewerbegericht in Solingen in einer Sitzung am 12. Mai ds. Jrs. die Frage, ob der Arbeitgeber, der während eines bei ihm ausgebrochenen Streiks Arbeiter von auswärtig heranzieht, verpflichtet ist, diesen Arbeitern vorher von der Tatsache des Ausstandes Kenntnis zu geben, mit einer ausführlichen Urteilsbegründung verneint. Es wies laut H. Westf. Stg. Nr. 523 den Schloffer H. aus Kassel, der auf ein schriftliches Arbeitsangebot der Firma Hugo Linde nach Solingen kam, die Arbeit aber nicht aufnahm, als er erfuhr, daß bei der Firma gestreikt würde, und nun von der Firma eine Lohnentziehung für die Kündigungszeit im Betrage von 11,80 M. verlangte, mit dieser Forderung ab.

Die Urteilsbegründung bringt zum Ausdruck, daß der Kläger aus § 124 der Gewerbeordnung, der die Umstände aufzählt, unter denen der Arbeiter vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit vom Arbeitsvertrage zurücktreten kann, keinen Grund zur Nichtaufnahme der Arbeit und damit auch keinen Anspruch auf Schadenersatz herleiten könne. Aber auch aus den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches erwachse dem Kläger kein Anspruch auf Schadenersatz. Auch in den Bestimmungen über den Dienstvertrag im B. G. B. finde der Anspruch des Klägers keine Begründung. Verstöße des Klägers der Firma gegen die guten Sitten so sei der Kläger allerdings berechtigt, nach Paragraph 626 ohne Einhaltung der Kündigungsfrist vom Dienstvertrage zurückzutreten, weil dann zweifellos ein wichtiger Grund vorliege. Die Firma L. habe nicht den Vorfall gehabt, dem Kläger Schaden zuzufügen, sie wollte ihm im Gegenteil Arbeit geben. Abgewiesen wurde vom Gericht aber auch die Klage der Firma L. in welcher sie wegen Vertragsbruchs von dem Kläger H. Schadenersatz in Höhe von 105 Mark verlangte. Das Gericht vermittele jeden Beweis für den behaupteten Schaden.

Das erste Urteil wird im Rechtsverständnis bei Arbeiterwelt entschieden Widerspruch hervorgerufen. Das absichtliche Verschweigen des Streikzustandes seitens eines Unternehmers ist und bleibt unkorrekt, weil dem Arbeiter eine in den Augen aller selbstbewußten Arbeiter unehrenhafte Handlung, nämlich Streikbruch, zugemutet wird.

Soziales.

Das Arbeiterinnenproblem.

Die Arbeiterinnenfrage als ein besonderer festumrissener Teil der großen sozialen Frage nimmt immer schärferen Umriß an. Das zeigen eben wieder die in den jüngsten Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1909 enthaltenen Ziffern. Die Zahl der revisionspflichtigen Fabriken und Anlagen, welche Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigen, ist von 47 705 im Jahre 1908 auf 48 936 im Jahre 1909, also um 1231 gestiegen. Zeigt sich hierin schon eine Zunahme der Arbeiterinnenbeschäftigung, so tritt sie erst recht zutage, wenn man an die Ziffer der Arbeiterinnen selbst herangeht.

Während im Jahre 1908 die Ziffer der in den Fabriken und diesen gleichartigen Anlagen beschäftigten Arbeiter überhaupt 3 019 137 betrug, belief sie sich 1909 auf 3 061 430. Davon waren 1908 erwachsene männliche Arbeiter 2 230 381, Arbeiterinnen 75 093, 1909 dagegen 2 245 843 bzw. 583 948 bzw. 78 467. Es ist also bei der Gesamtarbeiterzahl eine Vermehrung eingetreten von 42 293 = 1,4 Proz., bei den erwachsenen Arbeitern eine solche um 15 462 = 0,7 Prozent, bei den erwachsenen Arbeiterinnen stellt sich die Zunahme auf 23 639 = 4,2 Prozent und bei den jugendlichen Arbeiterinnen auf 3374 = 4,5 Prozent. Während sich also im Jahre 1909 die Gesamtarbeiterzahl um 1,4 Prozent vermehrte, bei den erwachsenen männlichen Arbeitern um nur 0,7 Prozent, wuchs sie bei den erwachsenen Arbeiterinnen um 4,2 und bei den jugendlichen Arbeiterinnen gar um 4,5 Prozent an.

Als Ursache der Zunahme der Arbeiterinnenbeschäftigung wird in der Hauptsache angegeben das große Bedürfnis der Industrie nach Arbeitskräften, das namentlich in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres von neuem wieder einsetzte; daneben ist nicht ganz zu leugnen, daß, wenn auch vorläufig nur in schwachem Maße, dort, wo als Arbeitshand die Frauenhand als die geschicktere sich bewährt, diese die Männerhand zu ersetzen sich anstrengt. Letzteres ist vornehmlich der Fall in der Gruppe der Metallverarbeitung bzw. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate. Besonders stark vertreten bzw. in der Zunahme begriffen ist die Arbeiterinnenbeschäftigung in der Textilindustrie, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, im Bekleidungs- und Reinigungsgerwerb, auf Stegeleien. Obwohl die Beförderung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem gestiegenen Bedürfnis nach weiblichen Arbeitskräften recht langsam einsetzte, zeigte sich in den verschiedensten Bezirken schon merkbarer Arbeiterinnenmangel.

Alle diese Erscheinungen zusammengenommen lassen die Arbeiterinnenfrage sowohl nach der rechtlichen wie sozialen und organisatorischen Seite als ein Problem erscheinen, das das dringende Interesse und die aktive Mitarbeit aller berufenen Kreise verlangt!

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1909.

Nach den Ermittlungen des Kaiserl. Statistischen Amtes auf Grund der Bekanntmachungen der Berichte im „Reichsanzeiger“ wurden im Jahre 1909 179 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 230,8 Millionen Mk. neu gegründet, gegenüber 151 Gesellschaften mit 162,5 Millionen Mark im Jahre 1908. Die Gründungstätigkeit des vergangenen Jahres ist somit erheblich stärker gewesen als im Jahre 1908. Auf die einzelnen Wertebereiche des vergangenen Jahres verteilen sich die Neugründungen wie folgt:

	Nominelles Aktienkapital	
	Zahl	1000 Mark
1. Vierteljahr	42	85 065
2. "	51	44 414
3. "	58	61 584
4. "	28	39 733

Von den 179 neuen Gesellschaften des Jahres 1909 wurden 73 Gesellschaften mit 93,4 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sacheinlagen wurden hierbei 72,3 Mill. Mark in Aktien gewährt. Im Jahre 1908 war die Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften — wie die gesamte Gründungstätigkeit — geringer gewesen; es waren im Wege der Umwandlung 72 Gesellschaften mit 82,0 Millionen Mark Nominalkapital gegründet. Bemerkenswert ist hierbei, daß das Kaiserlich Statistische Amt auf Grund der Angaben des Reichsanzeigers nur diejenigen Sacheinlagen feststellen kann, welche unter Beobachtung der Schutzvorschrift des § 186 Abs. 2 Handelsgesetzbuch eingetragen worden.

Kapitalerhöhungen erfolgten im Jahre 1909 bei 332 Gesellschaften um 508,2 Millionen Mark, während 87 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen in Höhe von 47,2 Millionen Mark vornahmen. Von den letzteren erfolgten nur 8 durch Rückzahlung oder Ankauf von Aktien, und zwar im Gesamtbetrage von 2,5 Millionen Mark. In den übrigen 44,7 Millionen Mark wird man Kapitalverluste der Aktionäre infolge von Sanierungen zu erblicken haben.

12 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 60,1 Millionen Mark wurden wegen Fusion mit anderen Gesellschaften im Handelsregister gelöscht.

Neben den „tätigen“ Gesellschaften ermittelt das Kaiserliche Statistische Amt die Gesellschaften in Liquidation und in Konkurs. Im Jahre 1909 traten in Liquidation 64 Gesellschaften mit 49,8 und gerieten in Konkurs 20 Gesellschaften mit 20,3 Millionen Mark Nominalkapital.

Auf der Grundlage der für Ende 1906 aufgemachten Bestandsstatistik ist mit Hilfe der Bewegungsstatistik der drei Jahre 1907, 1908 und 1909 eine Fortschreibung des Bestandes der „tätigen“ Gesellschaften und der Gesellschaften in Liquidation und Konkurs erfolgt. Hiernach bestanden am 31. Dezember 1909:

	Nominelles Aktienkapital	
	Zahl	Millionen Mark
„tätige“ Gesellschaften	5256	15 141,1
Gesellschaften in Liquidation	302	366,1
Gesellschaften in Konkurs	73	49,9

Ist es ratsam, Kindern geistige Getränke zu geben?

Darüber besteht immer noch bei vielen Eltern und sonstigen Erziehern Unklarheit. Eine maßgebende und wissenschaftlich zuverlässige Stelle, der niemand Parteiweise nach der einen oder der anderen Seite vorwerfen wird, hat darüber neuestenfalls Klar und bindend ihr Gutachten abgegeben, das Reichsgesundheitsamt in seinem „Gesundheitsbüchlein“, das einen längeren Abschnitt über die alkoholischen Getränke enthält (neueste Auflage von 1908): „Für Kinder ist der Alkohol ein schimmendes Gift; Bier, Wein und namentlich Branntwein sollte man Kindern bis zum Ablauf der Entwicklungszeit (14. bis 16. Lebensjahre) überhaupt nicht geben.“ Sehr beachtenswert ist auch die unmittelbar vorangehende Stelle: „Besonders verhängnisvoll ist es, daß Trunksucht der Eltern nur allzu häufig eine schwächliche, geistig wie körperlich minderwertige Nachkommenschaft zur Folge hat, deren Entmündigung oft noch durch Vernachlässigung der Pflege und Erziehung ungünstig beeinflusst wird. Dieses Gutachten sei allen Eltern zur Beherzigung empfohlen.“

Literarisches.

Die Streitversicherung in Deutschland und Frankreich. Von Dr. G. Germa (Soziale Tagesfragen, 36. Heft) 48 Seiten. M.-Glabach 1910, Volkswirtschafts-Verlag, 60 Pfg., portofrei 70 Pfg.

Wie bei den Gewerkschaftsorganisationen die Streitunterstützung das Rückgrat des Zusammenschlusses ist, so den Arbeitgeberorganisationen die Streitversicherung. Bei der zentralen Bedeutung, die so die Streitversicherung für die Arbeitgeberorganisationen hat, muß es eigentlich wundernehmen, daß sie bisher in der Literatur eine tiefergehende, ausführliche und selbständige Behandlung noch nicht erfahren hat. Und doch gehen die tastenden Versuche einer Streitversicherung bei uns in Deutschland bis ins Jahr 1872 zurück. In einer nachhaltigen, systematischen Kritik und durchschlagenden Verwirklichung des Gedankens kam es allerdings erst seit der infolge des Ermittelscher Streiks (Winter 1903/04) herbeigeführten Zentralisation der deutschen Arbeitgeber in den zwei Kassenverbänden: „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“.

Dieser gewaltigen Zusammenschweißung der deutschen Arbeitgeber und der innern noch in Fluß befindlichen Ausgestaltung der Organisation hat seitdem die Öffentlichkeit ein Jahr zu Jahr gesteigertes Interesse entgegengebracht. Deshalb wird auch die vorliegende Schrift sicherlich in den Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen als eine seit langem entbehrte vortreffliche Orientierung über den bisher nur spärlich beleuchteten Kernpunkt der Arbeitgeberorganisationen mit Freuden begrüßt werden.

In knapper, sachlicher und durchsichtiger Darstellung orientiert der Verfasser nacheinander über: Die geschichtliche Entwicklung der Streitversicherung (1872 bis 1904) (nach 1904); Die Praxis der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich; Die Bedeutung der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich vom Standpunkte der Versicherungstechnik und der Volkswirtschaft. Zur ergänzenden Uebersicht über die Arbeitgeberverbände überhaupt sei auf die ebenfalls im Volkswirtschafts-Verlag erscheinende Broschüre: Arbeitgeberverbände, Ein Uebersicht über ihre Geschichte, Organisation und Tätigkeit (20 Pfg.) verwiesen.

Das preussische Einkommensteuergesetz, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung GmbH. in M.-Glabach, 36 Seiten 8,0 1910. Preis 30 Pfg., portofrei 35 Pfg.

Inhalt: Einleitung. Die Steuerpflicht im allgemeinen. Das steuerpflichtige Einkommen. Einkommen der Haushaltungsangehörigen. Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens. Was gehört zum Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Renten auf periodische Gebungen? Werbungskosten beim Arbeitsverdienst. Einkommen aus Haus- und Grundbesitz. Welche Abzüge können noch außer den Werbungskosten gemacht werden? Berechnung der Steuer. Ermäßigung der Steuer beim Unterhalt von Kindern und sonstigen Angehörigen. Sonstige Erleichterung der Steuerlast. Veranlagungsverfahren. Wohnsitz — Doppelbesteuerung. Einziehung der Steuer. Rechtsmittel. Veränderung der Verhältnisse. Befreiungen. Niederzahlung. Die kommunale Besteuerung der Einkommen bis 900 Mark. Strafbestimmungen. Nachträgliche Veranlagung. Verjährung. Anhang.

Das vorliegende Büchlein ist für die Steuerverhältnisse des Arbeiters, Angestellten und kleinen Grundeigentümers geschrieben. Es will zunächst einen allgemeinen Uebersicht über Geschichte und Inhalt der Einkommenbesteuerung in Preußen geben und weiter (und das ist die Hauptsache) ein Helfer zur Abwehr einer zu hohen Besteuerung sein. Deshalb ist u. a. näher umschrieben, was zum steuerpflichtigen Einkommen gehört, inwieweit und bei wem das Einkommen der Haushaltungsangehörigen besteuert werden darf, welche Abzüge zulässig sind (z. B. bei Mitarbeit der Ehefrau, bei Ueberstunden, bei auswärtiger Arbeit, bei übermäßigem Kleiderverbrauch u. dergl.), wie das Einkommen aus Hausbesitz zu berechnen und zulässig zu kürzen ist usw. Weiterhin finden wir eine Anleitung zur Ausnutzung des Kinder- (oder besser Angehörigen-) Privilegs und des § 20 des Einkommensteuergesetzes, der Erleichterungen bei Krankheit und dergl. möglich macht.

Ferner ist der Rechtsweg gegen die Veranlagung und bei späterer Veränderung der Einkommensverhältnisse näher beschrieben und seine Benutzung durch Befügung einer Anzahl die verschiedensten Verhältnisse berücksichtigenden Formulare auch dem weniger erfahrenen Steuerpflichtigen möglich gemacht.

Sterbetafel.

München. Am 26. Mai starb unser Kollege Georg Dupp im Alter von 35 Jahren.
 München. Am 10. Juni starb unser Kollege Jakob Pöhlen an den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 57 Jahren.
 Berlin. Am 11. Juni starb unser Kollege Friedrich Meier im 56. Lebensjahre.
 Bodeuwohr. Am 7. Juni starb unser Kollege Max Stahl an Nierenleiden im Alter von 59 Jahren.
 Freising. Unser Kollege Anselm Wayer starb am 15. Juni infolge Lungenentzündung im jugendlichen Alter von 18 Jahren.
 Nieder-Eslohe. Am 13. Juni starb unser Kollege Joh. Müller an Lungentuberkulose im Alter von 29. Jahren.
 Wasseralfingen. Unser Kollege Müller starb am 11. Juni an Influenza im Alter von 57 Jahren.
 Würselen. Am 12. Juni starb unser Mitglied Casimir Kleinen infolge eines Magenleidens.
 Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Clebe. Am 29. Juni, (Peter u. Paul) nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung mit Frauen im Vereinslokal Pauls, Großer Markt.
 Duisburg. Sonntag, den 28. Juni, morgens 11 Uhr bei Küppers, Panthelmerstr. 8! Vertrauensmännerkung.
 Duisburg-Beek. Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr bei Büdeler, Mitgliederversammlung.
 Duisburg-Widerich. Sonntag, den 28. Juni, nachm. 4 Uhr bei Hasertamp, Mitgliederversammlung.
 Düsseldorf. Die gemeinsame Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle findet am Sonntag, den 10. Juli im Paulus-haus statt.
 Düsseldorf (Bezirk Oberbill) Sonntag, den 28. Juni, vorm. 11 Uhr Bezirksversammlung im Lokal Finker, Am Markt, Kölnerstraße.
 Essen-Kleinewerke. Samstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Reiner-Hausstraße. Wichtige Tagesordnung. Kein Kollege darf fehlen.
 Essen-Eggeroth. Sonntag, den 28. Juni, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Langenberg, Freistadtstraße. Referent: Kollege Schug, Gelsenkirchen.
 Essen-Altendorf. Sonntag, den 28. Juni, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokal A. Wint, Altendorferstr. Referent: Kollege Strunf.
 Essen-Bergevorbeck. Sonntag, den 28. Juni, morgens 1/2 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Werthoff, Kochstr.
 Essen-Rettwig. Sonntag, den 28. Juni, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Buchmüller.
 Eisenach. Samstag, den 2. Juli abends 8 1/2 Uhr im Konzerthaus Glenda.
 Frankfurt a. M. Nächste Versammlung am Samstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr im Neckerlokal, Langestr. 29. Referent: Kollege Dohler-Münberg.
 Gelsenkirchen-Schalke. Samstag, den 28. Juni, vorm. 11 Uhr bei Wegener.
 Gelsenkirchen-Wulmke. Freitag, den 24. Juni abends punkt 8 Uhr bei Luig.
 Gelsenkirchen-Neckendorf. Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags 6 Uhr Versammlung mit Frauen bei Walter.
 Gladbeck. Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr bei Nortpott (Christl. Gewerkschaftshaus.)
 Hütten. Sonntag, den 28. Juni, nachm. 2 Uhr bei Wm. Danne Versammlung mit Vortrag.
 Horst-Emscher. Samstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr bei Lüsing.
 Hannover. Sonnabend, den 25. Juni Versammlung im Arbeiterverein am Markal, Zimmer 1 u. 2. Kein Kollege darf fehlen.
 Hagen. Samstag, den 2. Juli abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Seithel, Kaiserallee 27.
 Wenden. Mittwoch, den 29. Juni findet hier eine große öffentl. Volksversammlung statt. Thema: „Sind unsere christlichen Gewerkschaften eine Kulturbewegung?“ Referent: Bezirksleiter Weinbrenner. Zeit und Lokal wird noch besonders bekannt gegeben. Wir erwarten von den Kollegen, daß sie für einen Massenbesuch Sorge tragen.
 Wenden-Folgen. Sonntag, den 28. Juni bei Kullhoff vormitt. 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag. Referent: Kollege Gerhard. Unorganisierte können eingeführt werden.
 München. Mittwoch 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr Delegierten- und Vertrauensmännerkung im Wismergarten, Schillerstr. 16. Wichtige Tagesordnung unbedingt notwendig.
 München. Samstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr im Wismergarten, Schillerstraße 16 Monatsversammlung mit Vortrag. „Wie vertrete ich mein Recht beim Gewerbegericht.“ Ref.: Kollege Kriker.
 Neunkirchen (Bez. Trier.) Samstag, den 26. Juni Versammlung der Metallarbeiter im Stern Gasthaus Schleppe. Unorganisierte mitbringen. Vortrag.
 Delde. Samstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Canne. Referent: Sekretär Oberhoffel, Bielefeld.
 Eggersheim. Sonntag, den 2. Juli Versammlung mit Vortrag. Referent: Kollege Jang.
 Remscheid. Sonntag, den 8. Juli vormittags 11 Uhr bei Fritz Goman.
 Södingen. Nächste Versammlung mit Vortrag Samstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr bei Werthoff neben dem Rathaus.
 Schuffried. Samstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr Bericht des Kollegen Schilling über die Bezirkskonferenz in Trüberg.